

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 18. November 1892.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Die Aufhebung direkter Staatssteuern bei der Miquel'schen Steuerreform.

Nächst der bereits kurz besprochenen „Denkschrift“ über die Miquel'sche Steuerreform kommt unter den Vorlagen an das preussische Abgeordnetenhaus der Gesetzentwurf wegen Aufhebung direkter Staatssteuern, der dadurch nöthig geworden ist, daß die staatliche Steuerlast auf die Grund- und Gebäudesteuer verzichtet und dieselben an die Gemeindefiskus abtritt. Bekanntlich hält sich die preussische Staatskasse theilweise dadurch schadlos, daß sie die auf Preußen entfallenden Einnahmen aus den Zöllen im Reich nicht mehr an die Kreisstaaten verteilt, wie bisher, sondern hübsch im eigenen Sacke behält. Zu dem Experiment im ganzen kann nur dasselbe gesagt werden, wie schon zur Denkschrift: es ist eine äußerliche Verbesserung des verrotteten preussischen Steuersystems von Anno Tobak, von der Herstellung einer sozialpolitisch gerechten Steuerverteilung aber gar keine Rede sein: Der Grundbesitz wird im Staate von jeder Abgabe gänzlich befreit, während der arme Arbeiter mit 1000 M. augenblicklichem Arbeitslohn ein halbes Pfund Steuern zahlen muß — wer es fertig bringt, dieses System als großen Fortschritt zu preisen, der muß eben ein dreimal so großer Bourgeois sein. Genau wie in den Gemeinden kommen im Staate alle öffentlichen Einrichtungen dem Besitz in erster Linie zu Gute — den Besitzern müßte deshalb auch in beiden die Hauptsteuer treffen, und die ärmliche Vermögenssteuer, die Herr Miquel einführt, nachdem er die Grundbesitzsteuer von Staatswegen aufgehoben hat, ist wenig mehr, als ein magerer Trost für das böse Gewissen, das dabei schlägt.

Nun bewendet es aber nicht einmal nur bei der Aufhebung der Grundbesitz- und Haussteuer im Staate. Herr Miquel ist ein kluger Mann und weiß sich bei jedem Fortschritt die Maßgebenden im Staate auch noch besonders zu verpflichten. Durch seine neue Anordnung werden die Besitzern nicht nur nicht auszubilden, wie es die verdammte Pflicht und Schuldigkeit eines sozialpolitisch gerechten Finanzministers wäre, sondern sie werden sogar noch ganz bedient und ermäßigt. Das ist eben das raffinierte Geschick Miquel's: unter dem Schein von Reformen auch noch für seine Klassenossen etwas Hübsches an Steuerprofiß herauszuschlagen und doch die Steuerentnahmen im Ganzen zu vermindern, natürlich auf Kosten der Besitzlosen. Die Ermäßigung der Besitzern geht aber auf zweierlei Weise bei der großen preussischen Steuerreform vor sich.

Indirekt dadurch, daß die preussischen Landgemeinden, denen die Grund- und Gebäudesteuer als Einnahmequelle überwiesen wird, diese Quelle einfach so gut wie nicht berühren werden. Ganz außer Hebung können sie die Grund- und Gebäudesteuer zwar nicht setzen,

dagegen ist im Gemeindesteuer-Gesetz ein Niegel vorgeschoben. Aber auf dem denkbar niedrigsten Stand werden die Herren Agrarier in den Landgemeinden alle Kultur- und Ausgaben halten, um die Grundsteuer in keiner Weise anzuwachsen zu lassen. Schulkasse und Vehrgehälter werden auf den Dörfern noch erbärmlicher werden, als sie ohnedies sind: für keinen Zweck von öffentlichem Interesse, der nicht zugleich den Gutsbesitzern baaren Nutzen bringt, wird Geld von der Gemeinde zu haben sein, und auf diese Weise schenkt Herr Miquel den Agrariern einen Betrag der Grundsteuer, der in viele Millionen geht.

Bei aller Halbheit der Reform hätte sich hier eine bessere Lösung finden lassen: die Ueberlassung der Grundsteuer an die Kreise, denen nach einer Meldung der „Kreuzzeitung“ demnächst auch die Schulkassen auferlegt werden sollen. Hier hätte der agrarische Egoismus nicht ganz so freien Spielraum gehabt, wie in den Gemeinden. Aber Herr Miquel weiß, was er will, und die Agrarier sind seine guten Freunde, er wird sich hüten, sie an ihrer empfindlichsten Stelle zu verletzen.

Das ist die eine Ermäßigung der Besitzern, die der preussische Finanzminister nach der agrarischen Seite fertig bringt — als gewiegter Weltmann hat er jedoch auch etwas für die Schlotbarone übrig. Sein Entwurf eines Gesetzes wegen Aufhebung direkter Steuern enthält außerdem — die Aufhebung der Bergwerkssteuer für die Kohlenjunker. So muß es gemacht werden, wenn sozialpolitisch gerecht vertheilt werden soll! Die Kohlenjunker in Preußen waren so wenig vorbereitet auf das Geschenk, das ihnen Herr Miquel in den Schooß wirft, daß sie eben erst eine Enquete über die Bergwerkssteuer eingeleitet hatten und noch lüthig „Material“ sammelten, als ihnen schon die gebratene Taube in den Mund flog. Die Begründung des Gesetzentwurfes spricht viel von dem geschichtlichen Ursprung der Bergwerkssteuer, welche eine Fortsetzung des längst aufgehobenen staatlichen Bergwerksmonopols gewesen sei und schon deshalb nicht in unsere Zeit passe (Steuern auf Salz und Brot passen aber nach Meinung derselben Regierung sehr gut in unsere Zeit!). Der Bergbau sei schon mit der neuen Einkommensteuer belastet, wobei vergessen ist, daß die Einkommensteuer nur den baaren Gewinn der Schlotbarone trifft, während die Bergwerkssteuer eine ganz gerechtfertigte Vorausbesteuerung nach dem Besitze darstellt, die ganz richtig und mechanisch ohne Rücksicht auf Gewinn nach der Bruttoförderung an Kohlen berechnet wurde. Nicht einmal als Gemeindesteuer soll die Bergwerkssteuer wieder auflieben können, sie wird „völlig aufgehoben“, wie sich Herr Miquel kahlhühelnd ausdrückt — weil sie für die kommunale Besteuerung überhaupt nicht verwendbar ist! Den Beweis für diesen Satz aber sucht man in der ganzen breitspurigen „Begründung“ vergebens. Man will es die Ironie des Schicksals, daß seiner Zeit im Organ der weltfalschen Kohlenjunker, im „Glückauf“ zu Essen, ein Aufsatz gestanden hat (Nr. 35 v. J. 1890), der ausdrücklich sagte, daß die

völlige Aufhebung der Bergwerkssteuer „einem ansich nicht zu billigen Besenke an die jehigen Bergwerksbesitzer gleichkommen würde.“ Der Ertrag der Bergwerkssteuer sollte, dahin ging der damalige Vorschlag eines Rechtsverständigen der Preußen im „Glückauf“, so verwendet werden, daß ihn die Preußen statt an den Staat in die Knappheitsklassen zahlten und dadurch einen Theil der Klassenbeiträge der Bergleute übernahmen. So sehr waren sich die Kapitalisten selbst der Gerechtigkeit der Besitzsteuer bewußt! Sie sind eben kapitalistische Waisenkinder gegen Herrn Miquel. Er übertrumpft sie weit in der feinen Berechnung und kraftvollen Wahrnehmung ihrer Besitzinteressen. Er schenkt ihnen mit seiner großen Reform, was sie demüthig zum Besten der Arbeiter weiter zu zahlen gedachten. Besser kann die Miquel'sche Steuerreform nicht gekennzeichnet werden.

Schenkungen an die Schnaps- und Schlotbarone — das sind also die hervorragenden Merkmale des Gesetzentwurfes wegen Aufhebung direkter Staatssteuern in Preußen nach dem alten Bibelwort, daß dem, der wenig hat, alles genommen und dem, der viel hat, alles gegeben wird. Denselben kapitalistischen Grundzug werden wir im Vermögenssteuer- und Gemeindeabgaben-Gesetzentwurf des Herrn Miquel wiederfinden.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 17. November.

Der Bundesrath genehmigte in der am Dienstag unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten des Staatsministeriums, Staatssekretärs des Innern Dr. von Bötticher abgehaltenen Plenarsitzung die Entwurfs zum Reichshaushalts-Etat für 1893/94: über den Reichs-Zwangslohnfonds, über die Einnahmen an Zöllen, Verbrauchssteuern und Aversen, über die Einnahmen an Stempelabgaben, der Post- und Telegraphenverwaltung, der Verwaltung der Eisenbahnen, der Reichs-Justizverwaltung, für den Reichskanzler und die Reichsfinanzverwaltung, des Reichs-Schatzamt, des Reichs-Eisenbahnamts, des Rechnungshofes und der Reichsdruckerei. Der Antrag Bayers, betreffend den Entwurf eines Gesetzes wegen Abänderung der Gewerbe-Ordnung (Gewerbebetrieb im Umherziehen), wurde den Ausschüssen für Handel und Verkehr und für Justizwesen überwiesen. Dem Antrag, betreffend die Abänderung der Verkehrsordnung für die Eisenbahnen Deutschlands, und dem Entwurf einer vom Reich mit der österreichisch-ungarischen Regierung zu treffenden Vereinbarung erleichternder Vorschriften für den wechselseitigen Verkehr zwischen den Eisenbahnen Deutschlands einerseits und Österreichs und Ungarns andererseits rücksichtlich der bedingungsweise zur Beförderung zugelassenen Gegenstände wurde die Zustimmung erteilt. Einer Ein-

Feuilleton.

Bel-Ami.

Roman von Guy de Maupassant.

Zwanzig Minuten vor drei stand er auf, um sich nach der Redaktion zu begeben. Auf der Treppe vor der halb geöffneten Thür stüßte er noch einmal fast unhörbar: „Also morgen um fünf!“

„Ja,“ erwiderte die junge Frau lächelnd und verabschiedete sich.

Sobald er seine Redaktionsarbeiten erledigt hatte, überlegte er, auf welche Weise er sein Zimmer für den Empfang seiner Geliebten herrichten und wie er am besten die Herlichkeit des Raumes verbergen könne. Er hatte den Einfall, kleine japanische Schirmstühle an den Mauern festzusetzen und kaufte für fünf Franken eine ganze Sammlung von bunten Vögelchen, kleinen Fächern und Papierschirmen, womit er die allzu sichtbaren Flecken der Tapete verdeckte. Auf die Fensterbänke legte er durchscheinende Bildchen, die Röhre auf Vögel, durch rothe Sammel fliegende Vögel, viel farbige Damen auf Balkonen und Projektionen kleiner schwarzer Menschenlein auf Schneebeinen darstellten.

Sein Zimmer, das gerade groß genug war, um darin schlafen und sitzen zu können, sah bald wie das Innere einer bunten Papierlaterne aus. Er war mit dem Eindruck zufrieden und brachte den Abend noch damit zu, auf die

Decke Bögel zu kleben, die er aus den noch übrigen Bilderbogen herausgeschnitten hatte.

Dann legte er sich zu Bett, und das Pfeifen der Büge wiegte ihn ein.

Am nächsten Tage kehrte er rechtzeitig aus der Redaktion heim und brachte eine Tüte voll Theegebäck und eine Flasche Madeira mit, die er beim Krämer gekauft hatte. Er mußte noch einmal hinunter, um zwei Zeller und zwei Gläser zu holen. Diesen Imbiß stellte er auf seinen Toiletentisch, dessen unsaubere Platte durch eine Serviette verdeckt war. Waschbecken und Wasserkrug waren darunter verborgen.

Dann wartete er.

Um fünf ein viertel kam sie. Die bunte Papierschnitterlingsmischsel gefiel ihr und sie rief: „Ach, bei Ihnen ist es ja reizend! Aber es sind soviel Leute auf der Treppe!“

Unterhalb Stunden später begleitete er sie bis zum Drochsenhalteplatz in der Rue de Rome. „Also nächsten Dienstag um dieselbe Zeit,“ stüßte er, sobald sie im Wagen saß.

„Ja Dienstag, um dieselbe Zeit,“ sagte sie. Und da es schon dunkel war, zog sie seinen Kopf in den Wagen hinein und küßte ihn auf die Lippen. „Adieu, Bel-Ami,“ rief sie, während der Kutscher auf den Gaul lospreitschte, und der Schimmel vor dem alten Kumpellasten setzte sich in mäden Trott.

Alle zwei oder drei Tage empfing er so Frau von Marelle.

Als er sie eines Nachmittags erwartete, lockte ihn lauter Lärm auf der Treppe vor die Thür. Ein Kind heulte. Eine zornige Mannesstimme rief: „Was hat denn die Jöhre zu heulen!“ Eine erregte, kreischende Weiberstimme er-

widerte: „Die alte Kokotte, die immer zum Journalisten oben kommt, hat Nikolaus von der Treppe gestochen. Nicht mal auf die Kinder auf der Treppe paßt so'n altes Frauenzimmer auf.“

Er schreckt sich Duroy zurück, denn er hörte rasches Kliderrauschen und eilige Schritte die nächste Treppe hinaufkommen.

Bald klopfte es an seiner Thür, die er eben zugemacht hatte. Er öffnete und Frau von Marelle stürzte in höchster Erregung athemlos ins Zimmer.

„Hast Du gehört?“ stammelte sie.

„Er that so, als wisse er von nichts.“

„Nein. Was denn?“

„Beleidigt haben sie mich.“

„Wer denn?“

„Die erbärmlichen Menschen-unten.“

„Ich habe aber gar nichts gehört; was war denn, erzähl doch!“

Sie begann zu schluchzen und konnte zuerst kein Wort herausbringen. Dann aber brach ihr Zorn los.

Er sollte sofort hinunter, sie schlagen, sie tödten, verlangte sie.

„Aber bedenke doch, Kind,“ sagte er, „es sind ja ganz ungebildete Leute. Wir müßten vor Gericht, es würde bekannt, wer Du bist. Du könntest verhaftet werden und wärst verloren. Mit solchen Leuten läßt man sich nicht ein.“

Sie kam auf einen anderen Gedanken. „Was sollen wir jetzt thun? Dierher setze ich keinen Fuß mehr.“

„Ganz einfach,“ erwiderte er. „Ich ziehe um.“

„Nein, das würde zu lange dauern,“ stüßte sie. Plötzlich fiel ihr ein Ausweg ein und beruhigt sagte sie: „Nein, höre, ich habe was anderes gefunden, laß mich

gab wegen Herstellung einer Bezirks-Versprecheneinrichtung für Köln und Umgegend beschloß die Versammlung keine Folge zu geben. —

Zur Psychologie der Bismarck'schen Selbstennunziationen wird der „Kölnischen Volks-Zeitung“ geschrieben: Die „göttlichen Säubert“, welche dem Altreichstänker unbenutzen ihre Dienste leihen, arbeiten ganz sicher nicht nach seinem Sinn. Eben so wenig wie jener Medaillieur, dem Bismarck eine politische Mittheilung „vertraulich“ machte, und der sie auch nicht abdruckte. Woraus der Altreichstänker, als er die Nachricht noch immer nicht in den Blättern fand, ärgerlich andrieß: „Glaubt der Esel, ich hätte ihm die Mittheilung zu dem Zweck gemacht, um ihn in politische Geheimnisse einzuweihen!“ So auch in diesem Falle. Daran liegt dem Parteien sehr wenig, als diplomatischer Tugendbold gefeiert zu werden. Wir haben ein bißchen herumgehört, wie die Sache zusammenhängt. Es sei, so hörten wir, dem Altreichstänker zu Ohren gekommen, gewisse Berliner Kreise hätten sein Verdienst als „Begründer Deutschlands“ zu schmälern versucht. Man habe — ganz im Sinne der „patriotischen“ Mythenbildung — gehandelt, der Krieg von 1870 sei durch französische Feindseligkeit gegen unser Wänschen und Wollen über uns hereingebrochen, daraus habe unsere tapfere Armee, mit König Wilhelm und Woltke an der Spitze, die freies Angreifer zu Boden geschlagen und nach dem Siege — jetzt kommt die Hauptsache! — wäre die Einigung Deutschlands kein Kunststück mehr gewesen, sie sei gewissermaßen von selbst zu Stande gekommen als natürliches Resultat der Entwicklung der Dinge, und wenn auch der unfähigste Staatsmann an der Spitze Preußens gestanden hätte, wäre es ihm kaum möglich gewesen, durch Thorheiten diese Entwicklung zu — h i n t e r z u t r e i b e n .

So ungefähr soll in manchen Kreisen eine mündliche Kritik geklungen haben, die man sich als Echo auf die Wiener Agitationsreise Bismarck's mit ihrer Herabsetzung des neuen Kursees zu denken hat, und ähnliche Gedanken sollen auch in einigen Broschüren zur Verteidigung des neuen Kursees leise angedeutet sein. Angesichts dessen wäre der Sinn der Bismarck'schen Enthüllung, daß er demgegenüber offen hervortritt und sagt: „Nein, ich bin es gewesen, der damals den Krieg gewollt, weil ich den Zeitpunkt für den nützlichsten hielt, und darum bin ich auch in Wahrheit der Begründer der deutschen Einheit.“ Bismarck will lieber das Odium auf sich nehmen, den Krieg provoziert zu haben, als auf den Ruhm verzichten, der Gründer des Deutschen Reiches zu sein.

Das erscheint als die Wahrheit über die Entstehung dieser sonderbar verspäteten Kontroverse. Die weisen Thobaner der „Nat.-Zig“ haben es nicht begriffen, was es bedeutete, und die Leipziger Pythia in Rechtsanwalts-Gestalt — Herr Hans Blum — auch nicht. —

Betreffs der Militärvorlage seihen die Liberalen ihre Hoffnung vielfach auf den Strohhalm des Bundesraths. Sogar von Braunshweig, das unter der Regenschaft eines preussischen Prinzen steht, wurde Opposition gegen die Militärvorlage erwartet. Wie dieses aus der Luft gegriffene Gerücht recht bald dementirt wurde, so geschieht es jetzt auch bezüglich der erwarteten sächsischen Opposition. Das „Dresdner Journal“ meldet aus amtlicher Quelle: „Es sind in letzter Zeit in verschiedenen Tagesblättern Gerüchte in Umlauf gesetzt worden, das an maßgebendster Stelle in Sachsen der Militärvorlage feindliche Sympathien entgegengebracht würden. Die Gerüchte entbehren, wie wir mit Bestimmtheit ansprechen können, jeder Begründung.“

Den Nationalliberalen wird also nichts übrig bleiben, als nach der Pfeife der Regierung zu tanzen. Manifesten hilft ihnen nichts — sie müssen pfeifen. —

Die „nothleidende“ Landwirtschaft, wie sie im Preussischen Landes-Oekonomikollegium durch Geheimräthe, Rittergutsbesitzer und Domänenpächter vertreten ist, hat sich für Errichtung von Landwirtschaftskammern ausgesprochen, die dazu berufen sein sollen, bei allen landwirtschaftlichen Gesetzen gehört zu werden, die Gesamtinteressen der Land- und Forstwirthe ihres Bezirks zu vertreten und durch zweckentsprechende Einrichtungen zu fördern. Die Errichtung dieser Landwirtschaftskammern soll sich der bestehenden landwirtschaftlichen Vereinsorganisation anschließen, und können die Rechte und Pflichten einer Landwirtschaftskammer auf die landwirtschaftlichen Zentralvereine, welche den Bezirk einer Provinz oder unter Umständen auch nur einen Theil der Provinz umfassen, ausgedehnt werden. In der langen Debatte über diesen Gegenstand war zwar ein Theil der Versammlung der Meinung, daß die landwirtschaftlichen Vereine zur Vertretung der Landwirtschaft genügen, zumal die Regierung dieser ein so weitgehendes

Wohlvollen widme, die Mehrheit aber glaubte: besser ist besser; eine Regierung kann sich oder ihre Anschauungen ändern, und da sei es besser, gesetzlich die Befugnisse der landwirtschaftlichen Vertretung festzustellen. Die Landwirtschaftskammer soll in erster Linie das Recht haben, alle landwirtschaftlichen Befehle zur Deckung der aus ihrer Thätigkeit entspringenden Kosten heranzuziehen. —

Hamburgisches Defizit. In der gestrigen (Mittwochs-) Sitzung der Bürgererschaft wurde vom Senat das Budget für 1893 überreicht. Dasselbe schließt mit einem Fehlbetrage von 4 278 886 M. ab.

Hamburg hat etwa 150 000 Steuerzahler, während zur Bürgererschaft nur 20 000 wahlberechtigt sind. Die Vertreter dieser Minorität führen aber die Wirtschaft auf Kosten der Gesamtheit, auf deren Schultern sie die Verantwortlichkeit ihrer Wirtschaft abwälzen. Das ist das Wesen des Klassenstaates, wie es auch in dem hamburgischen Mißgebilde einer Republik zu Tage tritt. —

Der Kompromiß Baare-Fußangel zeitigt, wie wir gestern bereits mittheilten, weitere Blüten bei den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen in Bochum. Baare weicht vor dem Centrum. Die nationalliberale Lokalpresse hält sich in Schweigen, da ihr verherrlichter Ehrenmann vor ihren verhassten Gegnern die Waffen streckt. Aus der „Westfälischen Volkszeitung“ erfahren wir, daß Herr Baare in einer Versammlung von Beamten und Arbeitern des Bochumer Vereins die von uns gebrachte Nachricht bestätigte, indem er zugleich den Wunsch kundgab, daß neben dem nationalliberalen Kandidaten, Bureauchef Generozky vom Bochumer Verein für das von ihm selbst bisher besessene Mandat ein der Zentrumsparthei angehöriger Mühlenbesitzer gewählt werde. Das Centrum nahm dieses Kompromiß an. Baare läßt sich in der ersten Abtheilung wählen, wo er über 3 von den vorhandenen 5 Stimmen verfügt. —

Der Antisemitismus in Magdeburg. Die nationalliberale „Magdeburger Zeitung“ warnt in einem Leitartikel die liberalen Parteien ihrer Stadt vor dem Irrthum, in dem sie sich zu befinden scheinen, wenn sie der systematisch betriebenen Propaganda des Antisemitismus jede Bedeutung absprechen. „Den Juden schlägt man, den Liberalismus meint man.“ Wenn der Antisemitismus erst einen Keil in das Bürgerthum getrieben, dann sei an eine Niederwerfung des sozialdemokratischen Kandidaten nicht mehr zu denken. Das wird aber im gegebenen Falle die Nationalliberalen in Magdeburg ebenso wenig wie andernwärts hindern, sich wie in Siegen mit den Antisemiten zu verbinden. —

Eine Strafe für die Zuchthängerei sieht die „Kreuz-Zeitung“ darin, daß die Stadt Halle a. S. sich veranlaßt gesehen hat, 40 000 M. zur Unterstüfung beschaftigungsloser Arbeiter aufzuwenden. Das sind die Folgen der unbegrenzten Freizügigkeit! Aus dem ganzen Osten strömen die Arbeiter im Frühjahr in die gesegnete Provinz Sachsen, nach ihrer Ansicht das Land, wo Milch und Honig fließt. Und jetzt muß Halle noch diese Arbeiter unterstützen, die vor den Segnungen des „patriarchalischen“ Regiments der Junker der Ostprovinzen flüchten. Die fromme „Kreuz-Zeitung“ möchte diesen gottlosen Arbeitern jede Pestilenz auf den Hals wünschen und darin den Finger Gottes erblicken. —

Der sozialdemokratische Meineid. Auf die Beschwerde gegen den Landgerichts-Direktor Schmidt, welche die Sozialdemokratie Breslau an das Justizministerium richtete, ist, wie die „Volksrecht“ mittheilt, folgender Bescheid ergangen:

Breslau, den 15. November 1892.
Die Beschwerde, welche Sie bei dem königlichen Justizministerium über eine Neuherung des Landgerichts-Direktors Schmidt hier selbst in einer öffentlichen Straßensammlung eingereicht haben, ist mir von dem Herrn Justizminister zur Prüfung und weiteren Veranlassung zugefertigt worden. Demgemäß habe ich eine Prüfung vorgenommen. Diefelbe hat zu dem Resultate geführt, daß die Neuherung, welche der Landgerichts-Direktor Schmidt in Wirklichkeit gethan, in ihrem Wortlaute nichts enthält, was eine Beleidigung darstellt oder als eine andere strafbare Handlung angesehen werden könnte. Die Neuherung ist auch lediglich in Wahrnehmung seines Amtes zum Zwecke der Förderung der

nur machen und kümmern Dich um nichts. Morgen früh schick ich Dir eine kleine Blase.“

„Kleine Blase,“ nannte sie die Stadtelegramme.

Sie lächelte jetzt wieder, so vergnügt war sie über ihren Einfall, den sie aber nicht enthallen wollte.

Dennoch war sie sehr erregt, als sie die Treppe wieder hinunterging, und sie stürzte sich mit aller Gewalt auf den Arm ihres Geliebten, als wenn sie ihre Füße nicht tragen könnten.

Sie begegnete Niemandem.

Da er gewöhnlich spät aufstand, lag er am nächsten Morgen um elf Uhr noch im Bette, als der Telegraphenbote ihm das „Kleine Blase“ brachte, das sie ihm versprochen hatte.

Duroy öffnete es und las: „Komme um fünf nach der Rue de Constantinople, Nr. 127. Laß Dir die von Jean Duroy gemietete Wohnung öffnen. Viele Küsse. Clo.“

Punkt fünf trat er beim Portier eines großen möblirten Hauses ein und fragte: „Hat Frau Duroy nicht hier eine Wohnung gemietet?“

„Ja.“

„Wollen Sie mich gefälligst hinführen.“

Der Mann, der augenscheinlich an delikate Situationen, wo Klugheit nötig ist, gewöhnt war, sah ihn scharf an und fragte, während er aus einem großen Schlüsselbund den richtigen herausjuckte: „Sie sind wohl Herr Duroy?“

„Gewiß, gemiß.“

Er öffnete ihm eine kleine möblirte Wohnung, die aus zwei Zimmern bestand und im Erdgeschoß der Portierloge gegenüber lag.

Duroy musterte die Einrichtung und dachte unruhig: „Die Wohnung muß ein rasendes Geld kosten. Jemandem muß ich Geld pumpen. So ein Blödsinn von ihr!“

Die Thür ging auf und Clotilde stürzte ihm mit rauschenden Kleidern und offenen Armen entgegen. „Nicht wahr, hier ist's hübsch?“ rief sie entzückt. Und so bequem im Erdgeschoß. Wir können zum Fenster hinausschauen, ohne daß uns der Portier sieht.“

Er erwiderte kalt ihren Kuß und wagte die Frage nicht zu thun, die ihm auf den Lippen lag.

„Auf drei Monate habe ich's gemietet, natürlich auf Deinen Namen, meinen konnte ich doch nicht angeben,“ plauderte sie. „Jeder von uns bekommt einen Schlüssel, und dann ist noch einer in der Portierloge, falls wir unseren vergessen haben.“

„Du wirst mir sagen, wann die Miete bezahlt werden muß,“ erwiderte er.

„Die ist schon bezahlt, mein Schatz,“ erwiderte sie einfach.

„Wieviel bin ich Dir dann schuldig?“

„Nicht doch, nicht doch, mein Herz. Das geht Dich gar nichts weiter an. Laß mir doch das kleine Vergnügen.“

Er that so, als sei er böse darüber. „Nein, das geht wirklich nicht. Das erlaube ich nicht.“

Nun kam sie bittend dicht heran und legte die Hände auf seine Achseln: „Bitte, bitte, lieber Georg, es macht mir so viel Vergnügen, das kleine Nest ganz allein gefunden zu haben. Sag, daß Du nicht böse bist, lieber, lieber Georg.“

Er ließ sich bitten, zog ein böses Gesicht, wollte nichts davon wissen, gab aber dann nach und fand es im Grunde sehr richtig, daß sie bezahlte.

Als sie fort war, rieb er sich die Hände und murmelte, ohne in die Falten seines Herzens zu spähen, woher ihm die Worte kamen:

„Sie ist doch sehr nett!“

Einige Tage später empfing er ein zweites Telegramm, das lautete: „Mein Mann kommt heut Abend nach sechs-wöchentlicher Inspektionsreise zurück. Wir haben also acht Tage Ferien. Wie dumm! Deine Clo.“

Duroy war aufs äußerste überrascht. Er hatte wirklich gar nicht mehr daran gedacht, daß sie verheirathet war. Und nun war ein Gatte da, dessen Kopf er übrigens doch einmal sehen wollte, um ihn kennen zu lernen.

Lennoch wartete er geduldig auf die Abreise des Gemahls. In der Zwischenzeit war er zwei Mal in den Jolies-Berg, wo er Klack traf.

Eines Vormittags empfing er dann ein neues Telegramm, das nur vier Worte enthielt: „Geht um fünf. Clo.“

Interessen der Rechtspflege erfolgt. Darnach lag die Absicht völlig fern, Jemanden zu beleidigen oder zu verleumden.

Wollen die betreffenden Herren dies nicht anerkennen, so bleibt es ihnen selbstverständlich unbenommen, mit einem Straf-antrage bei der königlichen Staatsanwaltschaft vorzugehen. Meinerseits habe ich keinen Anlaß, eine derartige Prüfung durch die zuständigen Organe herbeizuführen.

Kunowoll,
Wirklicher Geheimer Ober-Justizrath.
An
den Redakteur Herrn Otto Friedrich
hier

L. 13597 a.

Dieser Bescheid erregt den Schein, als hätte der Landgerichts-Direktor Schmidt etwas anderes gesagt, als die Beschwerdeführer behaupten. Wir erfahren aber nicht, welche Aeußerung Herr Schmidt denn „in Wirklichkeit gethan“.

Uebrigens halten wir es für vollständig überflüssig, die Sozialdemokratie noch länger gegen den Vorwurf, daß sie den Meineid billige, zu vertheidigen, zumal in einer Zeit, in welcher sämtliche Ordnungsparteien, konservative wie liberale, Lüge und Fälschung geradezu rühmen und verherrlichen, wenn sie um eines „patriotischen“ Zwecks erfolgt, selbst wenn diese Lüge und Fälschung Millionen auf die Schlichtbank führt. Die Anschuldigung der „Ordnungsparteien“, die Sozialdemokratie vertheidige den Meineid, wird von ihnen selbst nicht geglaubt; sie besolgen nur die alte Regel erlappeter Epitheten, die, um die Verfolgung von sich abzulenken, am lautesten schreien: Haltet den Dieb! —

In der französischen Deputirtenkammer wurde der von der Regierung vorgelegte Gesetzentwurf gegen die Presse in der Mittwoch-Sitzung von den Radikalen wie von der Rechten bekämpft, von den ersteren, weil er der Willkür Raum böte, von der letzteren, weil die Regierung von ihren Nachmitteln keinen gewalttätigeren Gebrauch mache. Laguerre (radikal) bekämpft den Gesetzentwurf als unnütz und gefährlich. (Beifall auf der äußersten Linken.) Der Berichterstatter Lafferre weist auf die Nothwendigkeit hin, die in dem gegenwärtigen Preßgesetze vorhandenen Lücken auszufüllen. (Beizettelter Beifall im Centrum.) De Mun (Rechte) führt aus, daß die gegenwärtige Lage das Resultat der antireligiösen Erziehung sei, welche der Bevölkerung gegeben werde. (Beifall auf der Rechten, Widerspruch auf der Linken.) Konseilpräsident Doubet bestreitet de Mun gegenüber, daß die Regierung den offiziellen Arbeitsmas predige und das religiöse Gefühl zu zerstören suche; die Republik unterdrücke die Religion nicht, sie respektire die Glaubensfreiheit. Nach einer Exordierung Douville-Maillefeu's, welcher die Deputirten der Rechten in heftiger und größlicher Weise angriff und sich dadurch einen Ordnungsruf zuzog, nahm Deschapel (Republikaner) das Wort, um nachzuweisen, daß das Gesetz notwendig sei. Die Sitzung wurde hierauf suspendirt. Nach Wiederaufnahme der Sitzung bekämpfte Robert Mitchell (Bonapartist) den Gesetzentwurf, welcher ein Attentat der Anarchisten in feiner Weise verhindern würde. Clavel de Couffergues sprach für den Gesetzentwurf. Die Fortsetzung der Debatte wurde sodann auf morgen vertagt. —

Elysée Reclus erklärt, daß der von uns überreichte, einem Pariser Blatt entnommene Brief mit seiner Unterschrift, betreffend das letzte Pariser Attentat, nicht von ihm herrühre. Was er über dieses Attentat denkt, sagt er nicht. Nun, nichts sagen, ist jedenfalls klüger, als, wie Herr Elysée Reclus es bezüglich der Kavacholaden that: erst verurtheilen und dann billigen. —

Wie aus London gemeldet wird, hat der Polizeigerichtshof von Bow Street, welchem der Anarchist François heute wieder vorgeführt wurde, nach längerem Verhör das Auslieferungsgesuch der französischen Regierung genehmigt. François hat gegen diesen Beschluß Berufung eingelegt. —

Charles Lefevre behauptet, die Administratoren der Panama-Gesellschaft seien ein Opfer von Juriquen. Der Prozeß werde ergebnislos sein, von ihnen keine Gelder vergendet, sondern daß die Administratoren persönlich die größten Opfer gebracht hätten. —

Vor der festgesetzten Zeit trafen sie sich in der Rue de Constantinople.

„Wenn Du willst, kannst Du mich heut irgend wohin zum Diner führen,“ sagte Clotilde. „Ich habe mich frei gemacht.“

Es war gerade Monatsanfang, und Duroy hatte, obwohl er sein Gehalt schon auf lange im Voraus hatte und von Tag zu Tag von geborgten Summen leben mußte, die er von allen Seiten auftrieb, Geld in der Tasche. Deshalb war es ihm recht, einmal Gelegenheit zu haben, für sie etwas auszugeben.

„Gewiß, mein Herz, wohin Du willst!“ erwiderte er.

Um sieben gingen sie den äußeren Boulevard entlang. Sie lehnte sich fest an seinen Arm und flüsterte: „Wie gern gehe ich so mit Dir.“

„Wollen wir zu Lathuile?“ fragte er.

„Ach nein, da ist es fein,“ erwiderte sie. „Ich möchte am liebsten mal in so eine lustige, gewöhnliche Kneipe, wo Rommisen und Arbeiterinnen verkehren. Ich liebe solche Sammel-fahrten. Ach, wenn wir doch mal eine Landpartie machen könnten!“

Da er im Viertel nichts derartiges kannte, irrten sie den Boulevard entlang und gerietten schließlich in eine Weinstube, wo es in einem besonderen Raum auch Essen gab. Sie hatte durch die Fensterseheiben hindurch zwei Mädchen ohne Hut entdeckt, die zwei Soldaten gegenüber saßen.

Drei Droschkentritcher speisten im Hintergrund des langen, schmalen Raumes, und ein Mensch von unbestimmtem Beruf lag mit ausgestreckten Beinen, die Hände im Pofesebund und den Kopf weit nach hinten über die Lehne hängend auf einem Stuhl und rauchte seine Pfeife. Sein Jacket schien ein wahres Museum von Schmuckstücken zu sein und in den wie Bäuche angeschwollenen Taschen wurde der Inhalt einer Flasche, ein Stück Brot, ein in Zeitungspapier gehülltes Paket und ein heraushängendes Ende Bindfaden sichtbar.

Daere saßen in dichten unordentlichen Rotten um seinen Kopf herum und waren grau vor Unsauberkeit; seine Hände lag unter dem Stuhl auf der Erde.

(Fortsetzung folgt.)

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Concordia-Festsäle, Andreas-Strasse 64.

Sonnabend, den 19. November 1892:
Zur Feier des 31. Stiftungsfestes
des
Gesangvereins „Liedesfreiheit“
(Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes). Dirigent Herr K. Tich.
Gr. Vokal- u. Instrumental-Konzert.

Die Musik wird von der „Freien Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker“ ausgeführt unter Leitung des Herrn G. Artmann.
Zur Aufführ. gelangt „Ein Wintermärchen“ von H. Keino, komp. v. Schen.
Nach dem Konzert: **Grosser Ball.**
Sillerts für Herren à 50 Pf., Damen à 30 Pf., sind bei den Mitgliedern, sowie in allen mit Plakat belegten Handlungen zu haben. Anfang 8 1/2 Uhr.
Freunden und Genossen einen genussreichen Abend zusichernd ladet freundlichst ein
Das Komitee.

Landmannschaft der Schleswig-Holsteiner zu Berlin.
Sonnabend, 19. Nov., Ab. 8 1/2 Uhr, in den Armnhallen, Kommandantenstr. 20:
Großes Herbstvergügen, bestehend in **Gesangsvorträgen und**
Buchbinder-Männerchors (Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes).
Sillerts, für Herrn 50 Pf., Damen 30 Pf., bei H. H. J., Dresdener-
str. 48, 3 Tr., G. Manouvier, Brandenburgstr. 88 part., Restaurant
D. S. a. p., Markgrafenstr. 102. Landleute, sowie Gäste willkommen.
Der Vorstand.

Freie Vereinigung der Ledergerber und
Lederzurichter Berlins.
Versammlung
am Sonntag, 20. November, Vormittags 10 1/2 Uhr, bei Feind, Weinstr. 11.
Tages-Ordnung: 1. Wie stellen wir uns zu dem Lederarbeiter-Verband
Deutschlands? 2. Wahl eines Revisors. 3. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Allgem. Unterstützungs-Verein der Töpfer
u. Berufsgenossen Deutschlands. (Zentrale Berlin.)
Sonntag, den 20. d. M., Vormittags 10 Uhr, bei Kuhnig, Schönhauser Allee 28:
Versammlung.
Tagesordnung: 1. Vortrag: Schädliche Wahrheit oder nützlicher Irrthum
2. Regelung der Wander-Unterstützung. 3. Wahl eines 4. Hilfskassiers und
Arbeitsleitung der Ausschuss-Mitglieder.
Der Vorstand.

Schöneberg!
Freie Vereinigung der Bau- und gewerblichen
Hilfsarbeiter Schönebergs u. Umgegend.
Sonntag, den 20. November 1892, Nachmittags präzis 1 1/2 Uhr,
in Jacob's Salon, Grünwaldstraße 110:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Bismarckschilke Vorlesung. 2. Diskussion. 3. Vereins-
angelegenheiten, Verschiedenes u. Fragekasten.
Neue Mitglieder werden aufgenommen. Um pünktliches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Circus Renz.
(Karlstraße.)
Freitag, den 18. November 1892,
Abends 7 1/2 Uhr:
Gr. außerordentl. Vorstellung
mit humor. Einl. sämtlicher Klowns.
Ausstreuen sämtlicher Kunstspezialitäten
1. Ringes. Außerdem: Mr. Pilla, der bedeutendste Schurke der
Bogenwart, m. d. Schulpferde Markir.
Gebr. Gelli, Akrobaten 1. Ringes.
Mlle. la Baronne de Bollefol mit dem
Schulpferde Pen. Zum Schluss: Auf
Helgoland. Gr. Land, Wasser- u.
Feuer-Schauspiel mit neuen Tanz-
einlagen, u. A.: 1. Garde-Regiment,
Hamburger Bürgerwehr. Ballet von
82 Damen.
Morgen: Parade-Galavorstellung.
Sonntag (Totentanz), Abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Sport-Vorstellung mit neuem Pro-
gramm und „Auf Helgoland“. Billet-
Verkauf durch den „Invalidentant“,
Markgrafenstr. 61a.
Fr. Renz, Direktor.

Circus Corty-Althoff.
Berlin, Friedrich-Carl-Platz,
Ecke Karlstraße.
Freitag, den 18. November:
Abends 7 1/2 Uhr:
Komiker-Vorstellung
mit höchst amüsantem Programm.
Kunst. sämtl. Klowns, sowie d.
3 dummen Auguste in ihren neuen
komisch. Entrees u. Intermezzen.
Außerd.: Die 3 Nationen, 2 Pf.
borgeht. v. Mr. Hub. Cooke, 6 russ.
Sengste, in Freid. vorgef., sowie
d. Schulpf. Rheingold, ger. v. Dir.
Althoff. Gr. Angelo, Jodler, Mr.
Harry, Stelzenkünstler. The Ha-
lions, Lustigmannst. Mr. Hubert,
Jongl. 3. Pf. 2c.
Morgen, Sonnabend: 1. Gala-
Sports-Vorstellung.

Kaufmann's Variété
Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
Das großartigste
Spezialitäten-Programm
der Residenz.
Familie Lars-Larsen,
Elite-Parforce-Gymnastik-Truppe.
Brooks & Duncan,
Original-Kongo-Neger.
Charles Liffon,
Nicht auf dem Drahtseil.
Brothers Barret,
The two Fanny Gentlemen.
The Original-Satours,
Anatomisches Wunder.
Jeden Abend stürmischer Erfolg.

Gratweil's Bierhallen
Kommandantenstraße 77-79.
Täglich:
Borussia-Konzert- und
Komplet-Sänger.
Wochentags frei.
Sonntags 30 Pfennig.
Kinder 10 Pf.
Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch.
Zwei Säle
zu Versammlungen und Vergügungen,
sowie 6 Billards und 3 Regeltischen.
F. Sotke.
Vereinsszimmer für 20-25 Per-
sonen zu verg. Rheinsbergerstr. 41.

Feen-Palast
Burgstraße, neben der Börse.
Welt-Lokal Berlins, 5000 Pers. fassend.
Täglich
Gr. Spezialitäten-Vorstellung
mit abwechselndem Programm.
Auf. Wochent. 7 1/2 Uhr, Sonnt.
6 Uhr. Entree 50 Pf.
Jeden Mittwoch und Sonntag Nachm.
Grosses Familien- und Kinderfest
mit Gratis-Verlosungen
und Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang Mittwoch 4 Uhr, Sonntags
3 1/2 Uhr.
Entree für Kinder wie Erwachsene
1. Platz 50 Pf., II. Platz 25 Pf.

ALKAZAR
Concert-Haus
Dresdenerstr. 52-53, City-Passage.
52021 Heute: Große
Spezialitäten-Vorstellung.
Kunst. Künstler allererh. Ringes.
Kassen-Eröffnung 6 Uhr.
Entree 30 Pf.
Familien-Abonnement monatlich
1 M., referent 1,50 M.
R. Winkler.

Achtung! Maurer. Achtung!
Oeffentliche Versammlung
der Maurer Berlins und Umgegend.
am Sonntag, den 20. November, Vormittags 10 Uhr, im **Feen-Palast**,
Burg- und Wolfgangstraßen-Gcke.
NB. Alle Maurer Berlins und Umgegend sind verpflichtet, in dieser
Versammlung pünktlich zu erscheinen.
Die Vertrauensmänner der Maurer Berlins u. Umg.
J. A. Fröh Wagner, Alt-Moabit 125.

Verband deutscher Gold- und Silberarbeiter
und verw. Berufsgenossen. (Zahlstelle Berlin.)
Mitglieder-Versammlung
am Sonnabend, 19. Nov., Ab. 8 1/2 Uhr, im **Dresdener Garten**, Dresdenerstr. 45.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. Lütgenau: „Der älteste Mensch auf Erden“.
2. Diskussion. 3. Bericht der Bibliothekskommission und Neuwahl derselben.
4. Neuwahl der Vergütungskommission. 5. Verschiedenes.
Aufnahme neuer Mitglieder. Zeitungen, sowie Beiträge in der Ver-
sammlung beim Kassier. Gäste, sowie unsere Berufsgenossen, stets wil-
kommen. — Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.
Sonntag, den 27. November, findet eine **Matinee** in Kaufmann's
Variété statt. Billets hierzu sind in der Versammlung zu haben.

Verband der Sattler und Tapezierer.
(Zentrale Berlin.)
Versammlung
am Sonnabend, 19. Nov., Abends 8 1/2 Uhr, bei Wienecke, Alte Jakobstr. 80.
Tages-Ordnung:
1. Vorlesung vom Kollegen Rahlaff, über: Das Recht auf Gesundheit.
2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Fragekasten.
Herren und Damen als Gäste sind herzlich willkommen.
Der Vorstand.

Fachv. der Marmor- u. Granitarbeiter.
Sonntag, den 20. November, Vorm. 10 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
in Deigmüller's Lokal, Alte Jakobstraße 48a.
Tagesordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Große öffentliche Versammlung
der in Holzbearbeitungsfabriken und auf Holz-
plätzen beschäft. Arbeiter Berlins u. Umg.
am Sonntag, 20. Nov., Vorm. 10 Uhr, in der Reischach'schen Brauerei (Stralau).
Tages-Ordnung:
1. Vortrag: Ueber die Ursachen der heutigen Krisis. Referent Genosse
Stabernack. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Agitations-Kommission.

Freireligiöse Gemeinde.
Todtenfest-Vorträge
am Sonntag, den 20. November, Vorm. 10 1/4 Uhr:
Im großen Saale **Kosenthalerstraße 38** (nahe dem Sack'schen Markt):
Herr Dr. Bruno Wille.
Im großen Saale von Joel, **Andreasstraße 21**:
Herr E. Vogtherr.
Gäste sehr willkommen.

Verein d. Gummiarbeiter
Berlins u. Umgegend.
Sonnabend, den 19. November,
Abends 8 1/2 Uhr,
bei **Gold** (früher Feuerstein),
Alte Jakobstr. 75.
Tagesordnung: 1. Berichterstattung
des Vorstandes. 2. Abrechnung vom
3. Quartal. 3. Neuwahl eines zweiten
Kassiers. 4. Vortrag des Genossen
Thal: Die Religion im Lichte der
heutigen Wissenschaft. 5. Vereins-
angelegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimirt. Um zahl-
reiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Unserm Freund und Genossen **Otto**
Zabel zu seinem heutigen Wiederkunft
einmal donnerndes Hoch. Otto
verges nicht, wenn der Brauer kommt.
D. S. A. G. H. H. D. S. B.
G. J. F. M.
Unserm Freunde, Genossen u. Stab-
bruder, dem Restaurateur **O. Zabel**,
zu seinem heutigen Geburtstage ein
dreimaliges Hoch.
R. R. M. S. B. R. H. B. L. Z.
S. S. S. S. R. B.

Achtung! Maler!
Zentrale Moabit.
Am Sonntag, 20. November, 5 Uhr,
gemüthliches Zusammensein im Re-
staurant **Lüttke**, Stephanstr. 23. D. B.

Sophabezüge!
1892 L.
Kette in Nips, Damast, Granit,
Pflanz u. bunt. Stoff, spottbillig.
Emil Lefèvre, Oranienstr. 158.
Proben franko!

Bruchbänder,
chirurg. Gummivaaren, Gummi-
Strümpfe, Geradhalter, Leib-
binden, Spritzen, Suspensor's etc.,
Umstandsbinden, medicin. Ver-
bandstoffe, Brillen etc., Pincenez,
sowie Artikel aller Art zur
Krankenpflege empfiehlt (2950L)
J. Ch. Pollmann, gepr. Bandagist,
Berlin, 30 Lindenstrasse 30.
Lieferant für die vereinigten
Hilfs-Krankenkassen.

Mehlhandlung
L. Brachvogel,
Mantuffelstr. 75,
empfiehlt als eine ganz vorzügliche
Ware: Fadennudeln, gef. u. weiß,
à Pfd. 28 Pf., Griesnudeln, fein und
stark, à Pfd. 40 Pf., Eiergruppen, Paquet-
nudeln à Pfd. 30 Pf., Bandnudeln
à Pfd. 38 Pf., Macaroni à Pfd. 40 Pf.,
Stüdenstärke à Pfd. 25 Pf., Weizen-
puder à Pfd. 30 Pf., Kartoffelmehl
à Pfd. 18 Pf., Hafermehl à Pfd. 25 Pf.,
Weizengries à Pfd. 18 u. 22 Pf., Hafer-
grühe u. Buchweizengrühe à Pfd. 20 Pf.

Theater.
Freitag, 18. November.
Opernhaus. Keine Vorstellung.
Schauspielhaus. Fiesco, oder: Die
Verschwörung zu Genua.
Festung-Theater. Ralfen wider
Ralfen.
Berliner Theater. Julius Caesar.
Wallner-Theater. Die Großstadt-
luft.
Deutsches Theater. Die Räuber.
Froll's Theater. Die Zauberflöte.
Residenz-Theater. Im Pavillon.
(Le Parfum).
Friedrich-Wilhelm-Badl. Theater.
Pacifier Leben.
Thomas-Theater. Der Einsam.
Adolph Ernst-Theater. Die wilde
Madonna.
Alexander-Platz-Theater. Sport-
Mädel.
National-Theater. Der Ver-
schwender.
Apollo-Theater. Spezialitäten-
Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezia-
litäten-Vorstellung.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vor-
stellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-
Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variété. Spezia-
litäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.
Die wilde Madonna.
Gesangsposse in 3 Akten von L. Treptow.
Couplets von G. Görs. Musik von
G. Steffens. Mit neuen Kostümen und
Dekorationen aus dem Atelier des Herrn
Lütkenmeyer in Coburg.
In Scene geht von Adolph Ernst.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Alexander-Platz-Theater.
Heute Abend 7 1/2 Uhr: zum 4. Male:
Sport-Mädel.
Große Posse mit Gesang, Tanz und
Tableau in 4 Bildern von J. Krean
u. A. Schönfeld.
Musik von Max Lustig.
Mit vollständig neuer Ausstattung.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.
Morgen: **Sport-Mädel.**
Sonntag, d. 20. d. M., Abends 7 1/2 Uhr:
Der Müller und sein Kind.
Sollsdrama in 5 Akten v. E. Kaupach.
Montag und die folgenden Tage:
Sport-Mädel.

American-Theater.
Neu! Die Trockenwohner,
oder „Das Kind in der Kommode“,
parodistisch-realistischer Vorgang
im Keller, beobachtet vom Hof aus,
von Oscar Wagner. Hauptrolle:
Der urkomische Grubir.
Jeden Abend jubelnder Beifall.
Der feine Reizner.
Berliner Lokalposse von O. Wagner.
Neu! Die Wiener Original-
Soubrette
Clotilde Kowala.
Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 75 Pf.
Sonntags 6 Uhr.

Passage-
Panopticum.
Fuß!!
ein
Riesen-
Kind!!!
Ohne Extra-Entrée.
von 11-1 und 4-9 Uhr.

Castan's
Panoptikum.
Sensationell!
Prinzess Topase.
Vorstellungen 11-1 und 4-9 1/2 Uhr
ständig.
Ohne Extra-Entrée.
Entree 50 Pf., Kinder 25 Pf.
Konzertpark Victoria
Frankfurter Allee 72.
(Inhaber Fr. H. K. S. S.)
Neu! Große Säle! Neu!
Vereinsszimmer.
In Versammlungen und Fest-
lichkeiten auch Sonntags. (3176L)

Parkeitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Dritter Verhandlungstag.

Berlin, 17. November.

Der Vorsitzende Gottlieb eröffnet die Verhandlungen um 9 1/2 Uhr mit einer Reihe geschäftlicher Mitteilungen. Begrüßungsschreiben sind eingetroffen aus Lüttich (die dortige Postbehörde hat das Wort „revolutionär“ in dem Telegramm konstatiert), aus Reg., Gießen, Thalheim, Mainz, Bielefeld, M. Gladbach und von dem Nationalrat der französischen Arbeiterpartei (Bredde und Lafargue).

Es wird in die Tagesordnung eingetreten.
Zur Debatte steht Punkt IV: Die Waisfeier 1893.
Eine große Reihe von Anträgen und Amendements ist zu der von A. Gerlich eingebrachten Resolution eingelaufen.
Dreyer, Göttingen empfiehlt die Waisfeier auf den ersten Sonntag im Mai zu verlegen. Gegen Versammlungen am Abend des 1. Mai ist nichts einzuwenden, da, wo es möglich ist, wohl aber gegen die ArbeitsEinstellung.

Thalheim, Hamburg: Freundigen Herzens dürfte keiner der Delegierten die Resolution Gerlich annehmen. Doch müssen wir uns den Verhältnissen fügen. Der Vorschlag, die Feier nur durch Abendversammlungen zu begehen, sei etwas dürftig. Der Beschluß, am 1. Mai die Arbeit nicht einzustellen, habe im Ausland, besonders in Oesterreich, böses Blut gemacht; er sei als feig bezeichnet worden. Doch könne man nicht mit dem Kopf durch die Wand. Die Verhältnisse zwingen uns, in den sauren Apfel der Resolution zu beißen, unbedünkert um das Geschrei der „Unabhängigen“. Die Hamburger wünschen eine Erweiterung der Resolution dahin, daß am ersten Sonntag im Mai Demonstrationen durch Umzüge in Szene gesetzt werden dürfen, damit Hamburg in der bisherigen nachdrücklichen Weise für die Arbeiterbewegung eintreten könne.

Dr. Adler, Wien: Eine Stimmung oder den Versuch Sie zu beeinflussen, was ja auch unmöglich wäre, liegt mir fern. Wir Oesterreicher halten uns aber doch verpflichtet, bei dieser internationalen Frage, die ohne Rücksicht auf die andere nicht zu lösen ist, Ihnen einiges sachliches Material für Ihren Beschluß zu bieten. Vor allem möchte ich feststellen: Ihre Resolution enthält einen kleinen Irrthum in sachlicher Beziehung. Der Brüsseler Beschluß lautet nicht, daß es den einzelnen Nationen überlassen bleiben soll, den gegebenen Umständen gemäß zu handeln; er empfiehlt vielmehr die Arbeitsruhe und sagt, daß sie nur dort unterbleiben sollte, wo die Umstände es unmöglich machen. Das ist etwas anderes und mußte festgestellt werden. Nun wird gesagt: Ja, Sie in Oesterreich haben unsere politischen Rechte, unser Wahlrecht nicht, deshalb müßt Ihr die Arbeitsruhe als Maidemonstration haben, wir nicht. Wir Oesterreicher denken anders. Wenn wir selbst das Wahlrecht hätten, so würde die Waisfeier bei uns doch eine große Rolle spielen. Wir betrachten die Bewegung nicht als ausschließlich eine politische. Wir fassen sie auf als eine proletarische Massenbewegung. Und diese Massenbewegung ist bei uns noch nicht so groß, wie sie sein möchte. Gerade in die Massen hinein wirkt die 1. Waisfeier durch die Arbeitsruhe und zwar in einem Maße, wovon man sich vorher keine Vorstellung gemacht hat. Nun sagt man: Ihr habt eben noch eine besonders rückständige Masse, auf die Ihr nur symbolisch, nur durch das Gefühl wirken könnt. Das stimmt. Und ich gratulire Ihnen, wenn Sie diese rückständige Masse nicht haben. Ich weiß es ja nicht. Der Hamburger Redner (Zweifel) hob — und das ist charakteristisch — hervor, daß in die indifferenten Massen hinaus auch diesmal gewirkt werden müsse. Ob Sie es thun, ist natürlich Ihre Sache. In Oesterreich, in Frankreich wird Ihre Haltung nicht begriffen werden. Wir haben dieselben Schwierigkeiten zu überwinden wie Sie. 1891 haben wir in der That den Kanonen gegenüberstanden — man hatte den schändlichen General, den man hier noch sucht — aber gerade die Gemüthsstärke, mit der wir die Arbeit einstellten, hat bewirkt, daß man sich die Sache doch überlegte und die Kanonen nicht losgingen. Wäre in England, in Deutschland dasselbe geschehen, hätte man dieselbe Haltung eingenommen wie wir, dann wäre die Schlacht für uns bereits gewonnen und der Waisfeiertag überall durchgeführt. Ob die Schlacht jetzt noch zu gewinnen ist, weiß ich nicht. Massenhafte Ausferrungen haben auch bei uns im Jahre 1891 stattgefunden. Und doch haben wir nicht leichtsinnig gehandelt, als wir auch für das nächste Jahr die Arbeitsruhe beschlossen. Der Parteitag zu Pfingsten hat sich gesagt: Es wird Opfer kosten, die Unternehmer haben sich auch bei uns organisiert, sie haben von der Sozialdemokratie gelernt, aber gleichviel: an der Arbeitsruhe muß an allen den Orten festgehalten werden, wo die Arbeitsruhe mitgeteilt, und dieser Beschluß wird auch ausgeführt werden. Die Rücksicht auf die Gegner darf hier nicht maßgebend sein. Gerade die große indifferente Masse verhält es nicht, wenn wir von der Waisfeier absehen. In Ihren Augen würden wir uns damit eine Niederlage holen. Es wird gesagt, ja, im Süden, in Oesterreich ist der 1. Mai von Alters her Volksfeiertag. Nur für die Bourgeoisie, für den Adel ist das wahr. Für die Arbeiter hat es diesen Feiertag nie gegeben. Nun haben wir ihn und von seiner Seite würde legitim werden, wenn wir ihn aufgeben würden. So heißt die Sache bei uns. Ich gebe zu, daß die Dinge diesmal ungünstig liegen. Die Unternehmer werden durch die wirtschaftliche Krise eingeladen, uns eine Schlacht zu liefern. Wenn diese Schlacht einmal geliefert werden soll, so wäre es für uns unglücklich, sie von vornherein verloren zu geben. Sie denken an eine Feier am Abend. Das ist in Oesterreich ausgeschlossen. Wollen wir ein Fest am Abend veranstalten, so brauchen wir dazu den 1. Mai nicht. Wir können da auch sehr gut am 18. Juli, am 6. November oder an sonst einem Abend ein Fest feiern, können so viele Abendessen veranstalten, wie wir wollen. Die Bedeutung der Demonstration geht dabei vollkommen verloren. Auf die Gefahr, als „radikal“ zu gelten, muß ich doch noch auf ein Symptom aufmerksam machen. Schon hat ein Redner, der erste in der heutigen Debatte, davon gesprochen, auch die Abendunterhaltung am 1. Mai nur dort zu veranstalten, wo es möglich ist. Auf dem Wege nach rückwärts gibt es keinen Fall. Auf diese abschüssige Ebene begeben wir Oesterreicher uns nicht. Am ersten Abend sagte ich zu Ihnen: Wenn Sie vorwärts gehen, haben Sie die österreichische Bruderpartei stets an Ihrer Seite. Ich muß hinzusetzen: Sie haben uns aber nur an Ihrer Seite, wenn Sie vorwärts gehen! (Beifall.)

Demproff, Mannheim erklärt, daß seine Auftraggeber mit der Resolution Gerlich übereinstimmen, er persönlich aber nicht. Er tritt für Niederlegung der Arbeit am 1. Mai ein. Eine Massenmaßregelung sei dann nicht möglich, wenn Millionen von Arbeitern feiern. Das habe sich deutlich im Vorjahre in der Schweiz gezeigt, da hätten die Unternehmer vorher das große Wort geführt, jenen Feiern aus der Arbeit zu entlassen. Dieser Beschluß der Unternehmer hat die Ehre und das Freiheitsgefühl weiter Arbeitermassen ausgerüttelt, und diese haben in großem Umfange die Arbeit am 1. Mai ruhen lassen, das die Arbeitgeber nicht in der Lage waren, Entlassungen vorzunehmen.

Der Vorsitzende verliest einen Antrag der in Paris lebenden deutschen Genossen, wonach am 1. Mai die Arbeitsniederlegung empfohlen wird.

Schmidt, Friedberg meint, eine Demonstration durch Arbeitsniederlegung würde nicht wünschenswert, sondern lediglich verfaulen, da eben die Sozialdemokratie noch nicht überall eine Macht sei. v. Vollmar, München: Ich lehne die Bedenken der Genossen Adler und sehe, daß er Gefühlsmomente besonders betont hat. Deshalb halte ich eine Erweiterung für durchaus notwendig. Ich gestehe, daß ich einer derjenigen bin, der, als es sich zum ersten Male um die Waisfeier handelte, sehr zur Arbeitsruhe hinneigte. Mit mir waren damals die Münchener Genossen derselben Ansicht. Wir haben in München im Jahre 1890 im größten Umfange die Arbeit niedergelegt, ohne das nennenswerthe Maßregelungen vorgekommen wären, aber die Erfahrungen eines Landes dürfen nicht generalisirt werden. Schon 1890, wo die wirtschaftliche Lage unvergleichlich besser war, hat es sich gezeigt, daß die allgemeine Durchführung der Arbeitsruhe unmöglich war. Das hat sich besonders in Hamburg gezeigt. Genosse Adler meinte, der Beschluß der Arbeitsruhe sei den Geldsäckern unangenehm. Das erscheint mir denn doch fraglich. Im Gegenteil, sie würden ihn begrüßen. Genosse Adler hat vergessen, daß in der neuen Arbeiterkongress-Resolution ein ausgezeichnetes Wort von der Bourgeoisie geschaffen worden ist, die Waisfeiern zu mahnen. Der Kontraktbruch-Paragraf kann mit Rechtigkeit dahin angelegt werden. Für mich ist dieser Grund aber noch nicht ausschlaggebend. Säge die Möglichkeit vor, die Arbeit in allgemeiner Weise einzustellen, dann wäre die Sache anders. Dann würden die Unternehmer halt machen, wenn sie Einmütigkeit sähen. Aber ich glaube, nicht die Hälfte, nicht ein Zehntel der sozialdemokratischen Arbeiter würde sich zu einer Arbeitsniederlegung am 1. Mai entschließen. Was 1890 nicht möglich war, ist heute ganz ausgeschlossen, wo nicht Ueberfluß an Arbeit, sondern Ueberfluß an Arbeitsmangel herrscht. Die Frage der Waisfeier wird von uns nicht gleichgültig genommen, aber wir überschätzen sie nicht. Die Sozialdemokratie hat doch schließlich noch andere Aufgaben, als eine Demonstration am 1. Mai für den achtstündigen Arbeitstag. Bei uns liegen die Dinge eben anders, als in Ländern mit unentwickelter Bewegung, mit nicht so innigen Zusammenhänge des Proletariats. Ich unterschätze gewiß die Bedeutung des Arbeitstages nicht, aber er ist doch ein untergeordnetes Glied unseres Gesamtprogramms und unserer Gesamtbewegung. Das Allgemeine, die fortlaufende Bewegung hat mehr Wert, als ein einziges Stück unser Forderung. Und diese Bewegung führen und gefährden wir, wenn wir die Arbeitsruhe am 1. Mai beschließen wollten. Wir wollen die Indifferenten heranziehen; gut, sie folgen uns, sie stellen die Arbeit ein, hunderttausende werden arbeitslos. Sie sagen: Unterstützt uns! Wir haben kein Geld, sie zu unterstützen. Ist das für uns von Nutzen? Ich sehe auf dem Boden des Antrags Gerlich und bedauere nur, daß die Parteitage immer jährlich eine Norm über die Art der Feier feststellen sollen. Die wirtschaftliche Krise ist derartig, daß in den nächsten Jahren eine Milderung nicht zu erwarten ist. Unsere Haltung in dieser Frage braucht nicht jedes Jahr aufs neue in Frage gestellt zu werden. Genosse Adler hat seine Rede sehr wirksam geschlossen. Ich meine aber: Nichts Ungeschickteres giebt es in politischen Dingen, als eigenmächtig auf einen Beschluß zu bestehen, den man als unrichtig erkannt hat. Die österreichische Sozialdemokratie möge blühen und gedeihen; sie wird uns stets auf ihrer Seite finden. Aber sie soll ja nicht meinen, daß, weil wir nicht alles auf eine Karte setzen wollen, wir den Rückzug angetreten haben. Nein, die deutsche Sozialdemokratie marschirt in jeder Hinsicht vorwärts! (Beifall.)

Schweizer, Hamburg schließt sich den Ausführungen von Thiel an, da im Falle einer allgemeinen Arbeitsniederlegung kolossale Maßregelungen in Hamburg stattfinden würden.

Grünwaldt, Hamburg meint, das wenn vor 2 Jahren die Fraktion wüßte, zur Waisfeier Stellung genommen hätte, wir immer durch Arbeitsruhe den 1. Mai gefeiert haben würden.

Salomon, Bielefeld wünscht, daß am ersten Sonntag im Mai gefeiert würde, da es sich durch die lange Arbeitszeit des Landarbeiters für diesen verbiete, am 1. Mai durch Abendversammlungen zu demonstrieren.

Schönfeld, Dresden wünscht, daß am Abend des 1. Mai in würdiger Weise demonstriert werde. Wo Arbeitsruhe möglich sei, dort möge man am 1. Mai feiern.

König, Witten vertritt die westfälischen Bergarbeiter und hält angesichts der großen Geschäftsflaute, unter der gegenwärtig besonders die Bergarbeiter leiden, eine Demonstration durch Arbeitsruhe für unzulässig.

Bebel: Unsere Stellung in der Waisfeiertage wird uns heftige Angriffe des Auslandes eintragen. Ich bin mir sehr wohl bewußt, daß, wenn die Arbeiter irgend eines Landes durch unseren Beschluß in eine ungünstige Position gedrängt werden, es gerade unsere österreichischen Brüder sind. Ja Rücksicht darauf kann ich mich nicht darauf einlassen, die Verhältnisse der Bruderpartei des Auslandes hier ausführlich zu erörtern, weil diese Erörterungen die Ansichten verschlechtern müßten. Die österreichische Regierung, die österreichische Bourgeoisie ist nicht so energisch, wie die unsere. Adler hat das dröhnende Wort seiner Zeit ausgesprochen, in Oesterreich herrsche der Despotismus, gemildert durch die Schlamperei. Bei uns aber herrscht alles anders als die Schlamperei. Das Unternehmertum ist bei uns viel reichhaltiger, als anderwärts. Wenn wir demonstrieren, so müssen wir es in einem Maße thun, daß der Ehre und der Bedeutung der höchsten Partei Deutschlands entspricht. Zum mindesten müßte eine Zahl von Demonstranten in Bewegung gebracht werden, die der Zahl unserer Wähler am 20. Februar entspricht. Und das ist bei weitem nicht zu erwarten. Damit wäre von vornherein schon die Niederlage da. Wir würden durch die Arbeitsruhe die deutsche Bourgeoisie herausfordern, und da müssen wir eingestehen, daß sie der Siegerin bleiben würde. Auch der Gesichtspunkt, den Vollmar angeführt hat, kommt in Betracht. Gar kein Zweifel, daß alle Gerichte den Kontraktbruch-Paragrafen gegen diejenigen anzuwenden würden, die gegen den Willen der Unternehmer die Arbeit ruhen lassen. Aber diese Folgen sind es nicht, die ich fürchte, wohl aber die Ausferrungen, die Arbeitslosigkeit. Sind wir in der Lage, die Hunderttausende von Arbeitern, die auf's Straßengießer geworfen werden, dauernd zu unterstützen? Können wir das, dann sage ich: Ja, wir wollen durch Einstellung der Arbeit demonstrieren. Sind wir es aber nicht, und das ist unabweisbar der Fall, dann können wir diese Demonstration nicht ausnehmen. (Sehr richtig!) Großen Eindruck haben die Schlusssätze unseres Genossen Adler gemacht. Aber sind wir denn rückwärts gegangen? Wir haben den Standpunkt der Oesterreicher in dieser Frage nie geteilt. Ein General, der den Kampf annimmt, wo er eintritt, daß er von vornherein der Schwächere ist und unterliegen muß, der begeht eine Dummheit. Und wir sind die Schwächeren. Demonstrieren wir durch Einstellung der Arbeit, so nimmt die Bourgeoisie den Handschuh auf. So stehen die augenblicklichen Machtverhältnisse nicht, daß unsere Gegner vor uns zu Kreuzen kriechen. Wenn wir so weit schon wären, dann, sage ich, hätten wir auch die Macht, noch viel mehr zu erreichen.

(Lebhafte Zustimmung.) Am diesmaligen 1. Mai ist die Situation für Einstellung der Arbeit die denkbar ungünstigste. Die Preise sind ungenügend, die Arbeitslosigkeit gewaltig. Ich spreche es offen aus, die Bourgeoisie wären Thoren, wenn sie den Kampf nicht aufnehmen würden. Wenn ich das Kampffeld wählen kann, dann suche ich mir das günstigste aus. Wird es uns freilich aufgezwungen, dann verlangt es die Ehre der Partei, um jeden Preis den Kampf auszukämpfen. Hier sehe ich mit klarem Auge die Niederlage unserer Partei voraus. Stellen wir die Arbeit am 1. Mai ein, so müssen gewaltige materielle Opfer gebracht werden. Dann braucht die Regierung nur den Schachzug unternehmen und die Neuwahlen unmittelbar nach dem 1. Mai vornehmen zu lassen, und dann möchte ich einmal das Resultat sehen! Redner wendet sich im weiteren gegen verschiedene der inzwischen eingelaufenen Anträge, die eine Abmilderung der Resolution Gerlich bedeuten. Besonders wendet er sich gegen den Abänderungsvorschlag der Dresdener Genossen, die es der freien Entscheidung der einzelnen Ortsorganisationen überlassen wollen, ob die Arbeit ruhen soll oder nicht. Dadurch könnten leicht Spaltungen unter den Parteigenossen der einzelnen Orte hervorgerufen werden. Im weiteren bittet Redner auch die Vorschläge abzulehnen, die eine Verlegung der Feier auf den ersten Sonntag im Mai wollen. In Beifall sei der 1. Mai festgesetzt, die deutschen Vertreter hätten sich einmütig dafür erklärt. Die Frage würde ja den internationalen Kongress in Zürich von Neuem beschäftigen. Würden doch die Engländer auch diesmal wieder am ersten Sonntag im Mai demonstrieren. Zweckmäßig wäre das auch, weil dabei die Demonstration ohne Opfer erreicht werde, die sie doch nicht wert sei. Denn so dürfte die Waisfeier nicht aufgeschoben werden, als sei sie festgesetzt, um den Kampf zu outranco (bis zum Ausruhen) mit der Bourgeoisie zu provozieren. Adler habe gesagt, durch die reine Abendfeier am 1. Mai würde die Demonstration so harmlos, daß sie ebenso gut am 1. November oder 15. Juli begangen werden könnte. So liegt die Sache doch nicht. Wir feiern den 1. Mai, um dem Gedanken der Internationalität Ausdruck zu geben. Die Gleichzeitigkeit der Demonstration ist entscheidend. (Zustimmung.) Redner wendet sich noch gegen Grünwaldts Behauptung, daß die Haltung der Fraktion die Niederlage der Hamburger verschuldet habe, und schließt: So wie wir jetzt von jedem Streik absehen, so dürfen wir auch jetzt nicht die Demonstration der ArbeitsEinstellung am 1. Mai beschließen, deren Mißerfolg außer allem Zweifel stehen würde! (Lebhafte Beifall.)

Löwenstein, Nürnberg erklärt sich, wie die Hamburger Delegierten für die Resolution Gerlich mit dem Zusatz, daß am 1. Sonntag Demonstrationen und Umzüge stattfinden.

Dr. Adler, Wien: Ich danke Ihnen zunächst, daß Sie mir gestattet, noch einmal sprechen zu dürfen. Aber ich halte die Frage für so wichtig, wie wenig andere. Sie ist so international, wie keine zweite. Seit zwei Jahren erst sind die internationalen Zusammenhänge enge geworden, und sie müssen enge bleiben. Vollmar's Ansicht, daß die Bedeutung des 1. Mai sich im Arbeiterstand erschöpft, ist durchaus unrichtig. Zugegeben, daß viele die Imponderablen, die unmaßbaren Dinge, unterschätzen. Der Gedanke, daß in ein und derselben Stunde überall, wo der Kapitalismus herrscht, alle Klassenbewußten Arbeiter von der gleichen Idee erfüllt werden, darf aber nicht vergessen werden.

Das Moment des Enthusiasmus, wie es in dieser Idee liegt, dies gleichsam religiöse Gefühl dürfen wir nicht missen. Macht es sich doch auch die Bourgeoisie nutzbar. Ist sie denn etwa religiös geküßelt? Das war sie nie und ist sie nicht. Sie befördert aber tüchtig alle Kirchenbauten, weil sie das Gefühlsmoment, das nun einmal in jedem mehr oder weniger vorhanden ist, ausnützt. Wir Oesterreicher sind nicht eigenfremd, wie Bebel und Vollmar durchblicken lassen. Wir können nach Lage der Dinge eben nicht anders handeln. Die Waisfeier hat bei uns in Oesterreich eine Wirkung gezeitigt, von der sich niemand träumen ließ. Sie hat gleich einen Umflügen von Arbeitgebern gewirkt und hat mächtig Wurzel in den Herzen der österreichischen Proletariats geschlagen. Wir können sie garnicht mehr aus dem Herzen der Massen reißen. Die Arbeiter wollen feiern, und wir können sie nicht daran hindern.

Ich habe vorher gesagt, daß wir Oesterreicher uns nur dann an einer Seite finden werden, wenn Ihr vorwärts geht. In dieser Frage der Waisfeier habt Ihr aber einen Rückzug gemacht. Vor 2 Jahren ließ die Fraktion die Frage offen, ob die Arbeit niedergelegt werden solle oder nicht. Jetzt wünschen Sie nicht mehr, daß die Arbeit niedergelegt werde.

Und doch liegen im nächsten Jahre die Verhältnisse gerade so günstig wie kaum sonst, da der 1. Mai auf einen Montag fällt. Wenn nicht am Montag gefeiert wird, dann wird an anderen Tagen erst recht nicht gefeiert werden. Wir in Oesterreich haben allen Grund, uns nicht niederwerfen zu lassen, das würde aber der Fall sein, wenn wir jetzt mit einem Mal von einer Arbeitsruhe absehen wollten. Die Unternehmer würden sich einfach jagen, die Arbeiter sind widerstandsunfähig, und würden bei brutalen Maßregeln nicht zurückhalten.

Die Oesterreicher werden Ihren Beschluß sicher für einen Fehler halten, aber sie werden sich auch sagen, daß die Deutschen den Beschluß mit vollster Ueberlegung gefaßt haben, und daß es ihnen nicht leicht geworden ist, so zu beschließen. Wenn wir in dieser Frage nicht harmoniren, so stimmen wir doch um so mehr in allen anderen Fragen mit Ihnen überein. (Bravo!)

Sch. Frankfurt ist der Meinung, daß es nicht nötig, daß die Arbeiter der ganzen Welt zu einer und derselben Stunde demonstrieren, sondern es genüge, wenn an einem Tage die Arbeiter der ganzen Welt durch eine Idee geeint sind. Am Abend des 1. Mai möge gefeiert werden, und wo eine andere Feier möglich sei, solle dies gethan werden.

Nachdem noch Hübner, Stegmann, Stomke, Jaffe für Annahme der Resolution gesprochen, und Hartmann, Friedrichs, haben den Standpunkt Dr. Adlers verfochten, wird die Debatte geschlossen.
Nach einem Schlusssatz des Referenten Gerlich, der hauptsächlich der Ansicht entgegentritt, daß wenn die Arbeitsruhe bei der ersten Waisfeier geübt wäre, ein Erfolg für alle Zeit sicher sei, und im übrigen möglichst einstimmige Annahme der Resolution vorschlägt, wird namentliche Abstimmung beantragt. Da die Präsenzliste mehrerer Ergänzungen bedarf, wird die Abstimmung auf mehrere Minuten vertagt.
Zunächst wird abgestimmt über die Frage, ob am 1. Mai gänzlich die Arbeit niedergelegt werden soll.
Das Resultat der Abstimmung ergab, daß 2 Delegirte sich derselben enthalten, nämlich die Genossen Kempwolf, Mannheim und Körsten-Berlin, daß 8 Delegirte mit Ja antworteten, nämlich die Genossen Arndt-Paris, Rudwald-Altenburg, Hinkel-Sagan, Labjahn-Groß-Bielefeld und Schroll-Blag, während 295 Delegirte mit Nein stimmten.
Hierauf gelangt zur Abstimmung die Frage, ob am Abend des 1. Mai demonstriert werden solle.
Resultat: 167 Stimmen mit Ja, 71 Stimmen mit Nein.
Durch diese Abstimmung haben eine Reihe von Anträgen ihre Erledigung gefunden.
Ueber die Frage, ob weitere Anträge zur Abstimmung ge-

langen sollen, entsteht eine längere Auseinandersetzung, in deren Lauf Singer anführt, daß der prinzipielle Standpunkt der Partei durch die namentlichen Abstimmungen fixiert sei. Ob die Genossen noch nebenher eine besondere Feier veranstalten wollen, müsse in ihr Belieben gestellt bleiben. Der Parteitag könnte weder Vorschriften noch Verbote erlassen, er empfehle Uebergang zur Tagesordnung.

Es wird gegen wenige Stimmen zur Tagesordnung übergegangen und nur noch über die Resolution Gerich abgestimmt, die gegen einige Stimmen angenommen wird.

Inzwischen ist der Antrag eingelaufen, daß zu Punkt 8 der Tagesordnung: Das Genossenschaftswesen, der Boykott und die Kontroll-Schulmarke ein Korreferent ernannt wird, dem die gleiche Redezeit gewährt werde wie dem Referenten. Nachdem Referent Auer bemerkt, daß noch niemand wissen könne, welche Gesichtspunkte er in seinem Referate geltend machen werde, ein Korreferent also gar nicht ernannt werden könne, geht der Parteitag zur Tagesordnung über.

Wegen vorgerückter Zeit, es ist inzwischen 1/2 Uhr geworden, werden die Verhandlungen auf morgen vertagt, da das Lokal am Nachmittage nicht zu haben ist. Begrüßungsschreiben sind noch eingelaufen aus Spremberg, Gesehau, Buzarest, Ravensburg und Krolka.

Am Freitag findet eine Abend Sitzung statt.

In dem gestrigen Bericht über die Debatte des Antrages: „Der Parteitag solle alle 2 Jahre stattfinden“, heißt es nach Bebel's Rede:

„Nach kurzer Debatte wird der Antrag . . . abgelehnt.“ Diese Darlegung giebt ein nicht ganz zutreffendes Bild von dem Gang der Verhandlung. Nach Bebel sprach nur noch ein Redner. Hierauf wurde ein Schlusssatz gestellt. Gegen denselben wandte sich der Delegierte von Frankfurt a. M. mit der Begründung, Bebel habe dem Antrage Gründe unterlegt, welche die Frankfurter Genossen, als sie diesen Antrag anstellten, nicht geleitet hätten. Die Genossen möchten ihm daher die Möglichkeit nicht nehmen, die Ansichten der Frankfurter Genossen in dieser Frage zu vertreten, zumal er sich bereits beim Beginn der Debatte zum Wort gemeldet habe. — Der Parteitag schloß jedoch die Debatte, und hierauf erfolgte die Ablehnung des Antrages.

In den meisten Zeitungsberichten über meine Bemerkungen betreffend den „Vorwärts“ und das Redaktionsgehalt wird mir die Bemerkung in den Mund gelegt: „Für geküßtes Vermögen gilt nicht die namentliche Einschätzung wie für das materielle.“ Das wäre ein, obendrein ganz zweckloser, Gemeinplatz gewesen. Was ich sagte, war: „Für das geistige Vermögen gilt nicht die Selbsteinschätzung wie für das materielle.“

Berlin, 17. November.

W. Liebknecht

Tokales.

In einem Volksfest im wahrsten und edelsten Sinne des Wortes geküßte sich vorgestern Abend der Kommerz, welcher von den Berliner Genossen zu Ehren der Delegierten des Parteitages veranstaltet wurde. Der prachtvolle Concordiasaal, in welchem der Parteitag abgehalten wird, war lange vor Beginn der eigentlichen Feier von einer festlich bewegten Menge erfüllt, der sich von Minute zu Minute neue Scharen zugesellten. Das Komitee hatte eine geschmackvoll ausgestattete Festtafel ausgeben, die den Festgenossen groß zur Verfügung gestellt wurde. Der von Manfred Wittich (Leipzig) getriebene schwingvolle Prolog, der von dem Verfasser auf das Wirkungsvollste vorgetragen wurde, fand begeisterten Beifall. Mit jubelnder Zustimmung wurden die von Genossen effektiv arrangierten lebenden Bilder begrüßt, ebenso spendete man den wirklich bemerkenswerten Leistungen der Gesangsvereine, sowie den sonstigen und der Musikkapelle wohlverdienten Beifall. Eine wirkliche Festimmung hielt die Festteilnehmer bis lange nach Mitternacht zusammen.

Der Zentralverein für Arbeitsnachweis mißgibt schon jetzt ab. Er hat sich an die Provinzpresse mit dem Ersuchen gewandt, die Arbeiter vor dem Zug nach Berlin zu warnen und ihnen möglichst einzureden, daß sie während des Winters häufig da bleiben, wo sie einmal sind. In den Nachweiskbüchern des Vereins herrscht nämlich schon seit einigen Wochen ein erblicher Indrag von auswärtigen arbeitslosen Personen, namentlich von solchen aus ländlichen Bezirken. Der Verein hat seine Bureau deshalb schon angewiesen, alle auswärtigen Arbeiter abzuweisen und die wenigen offenen Stellen, die jetzt zur Anmeldung kommen, mit Berliner Arbeitern zu besetzen.

Was die vielen ländlichen Arbeiter anfangen sollen, die jetzt entlassen werden oder schon entlassen worden sind, ist eine Sache, die den Verein nicht weiter kümmert. Wenn dieselben die paar Groschen, die sie im Sommer etwa zuraufgelegt haben, ausgezehrt haben werden, bleibt ihnen natürlich nichts anderes übrig, als zum Wander- oder was damit gleichbedeutend ist, zum Bettelstab zu greifen. Es hat doch niemand Lust, in seinen Stielen zu verhungern, nur damit er den besten Situationen nicht etwa läßt fällt! Die Wunderschaft beginnt also, und das nächste Ziel ist die Kreisstadt oder die Hauptstadt der Provinz. Wer es aber möglich machen kann, fährt nach Berlin. Hier glaubt er am ehesten soviel verdienen zu können, wie er zum Leben braucht. Daß diese Hoffnung in den meisten Fällen nicht in Erfüllung geht, bemerken die Arbeitslosen gewöhnlich erst dann, wenn es zu spät ist.

Wenn schon der Zentralverein zugiebt, daß jetzt nur sehr wenig freie Arbeitsstellen zur Anmeldung kommen, so muß das Geschäft in Berlin sehr langsam gehen. Denn der Verein sucht gerade Echte zu erwerben, als ob er der einzige große Regulator des Angebotes und der Nachfrage in Berlin sei. Begimmt erst nach dem Weihnachtsfeste die große Geschäftstille, dann dürften die Bureau erst recht keinen Zweck mehr haben, denn dann wird es gar nicht mehr „nachzuweisen“ geben. Das Angebot von Arbeitskräften wird ins Ungeheure gesteigen und die Löhne werden bis auf Null herabgedrückt sein. Daß wir uns dann wieder im schändlichen Notstand befinden, kann bei keinem Einsichtigen mehr zweifelhaft sein.

Näher denn aber jetzt jemand auch nur einen Finger, um den mit Bestimmtheit zu erwartenden Notstand abzumildern? Wir bemerken hieron weit und breit nichts, wenn wir nicht den Magistratsbeschlüssen erwählen wollen, nach welchem im Winter die Wärmehallen wieder aufgemacht werden. Was das nun schon heißen will! Trotz der Ereignisse des vergangenen Jahres sollen die Arbeitslosen immer wieder mit einigen Wohlthaten abgespeist werden. Die Leute wollen aber keine Wohlthaten um der Gände und Barmherzigkeit willen. Sie verlangen Arbeit und pochen auf ihr Recht auf Arbeit. Es ist nicht ihre Schuld, daß sie hrolos geworden sind, es ist auch nicht ihre Schuld, daß sie nirgendwo ihre Arbeitskraft verwerten können. Die Gesellschaft hat also die Pflicht, für die Arbeitslosen zu sorgen und je länger sie sich dieser Pflicht entzieht, desto weniger Ursache hat sie, sich über die Folgen zu beklagen, welche ihr aus dieser Unterlassung erwachsen.

Die soziale Frage ist wieder einmal gelöst worden, — allerdings nur in dem Kopfe des Schriftstellers Herrn H. Rosenthal, welcher ein probates Mittel entdeckt hat, den Notstand wider Willen feiernder Arbeiter zu beseitigen. Dieses Mittel hat der geniale Herr Rosenthal in einer Broschüre, die den sonnenwollen Titel führt: „Der Hungerkampf. Ein Vorschlag zur Befestigung des Behagender Bekämpfung der Sozialdemokratie und

Hungerhilfe des armen Mannes“, bearbeitet und diese den städtischen Behörden unterbreitet, damit diese für seine „Idee“ beim Reichskanzleramt und beim Reichstage Propaganda machen mögen. Der geniale Herr Rosenthal ist der an sich ganz zutreffenden Meinung, daß alle Zustände der unteren Volksschichten mehr oder weniger Hungerrevolten sind und glaubt, diese drohende Gefahr können zu bannen zu können durch eine Art Hungerversicherung, vermöge welcher jeder wider Willen arbeitslose Arbeiter ein oder zwei Monate vor Noth geschützt werden soll. Die Mittel hierzu sollen — und das ist die „Idee“ des Herrn Rosenthal — dadurch aufgebracht werden, daß jeder Arbeitnehmer 2 Pfennige von jeder verdienten Mark, oder 2 pCt. seines Wochen- oder Monatslohnes in eine große Kasse zahlt, aus welcher im Falle der Noth die Hungernden unterstützt werden. Daß eine solche Idee nicht ernst zu nehmen ist, liegt auf der Hand. Der Magistrat hat denn auch, wie verlautet, Herrn Rosenthal die einzig richtige Antwort erteilt, dahingehend, Herr Rosenthal möge mit seiner „Idee“ beim Reichstage selber sein Heil versuchen. — Herr Schriftsteller Rosenthal wäre wahrlich besser, mit seinen sozialpolitischen Quacksalbereien zu Hause zu bleiben, als damit lähn vor die Öffentlichkeit zu treten.

Die „Stundrade“ tobt unter den freisinnigen Bezirksvereins-Mitgliedern noch immer. Neuerdings hat der „deutsches freisinnige Bürgerverein der südwestlichen Rheinlande“ über dieses interessante Thema eine längere Debatte gepflogen. Der Abg. Mandel hatte einen Vortrag über die Militärvorlage gehalten. Daß dieser Herr seine freisinnigen Vorgesetzten kennt, ging aus folgenden Passus hervor: „Er glaube nicht, daß die Militärvorlage angenommen werde, denn mancher möchte dieselbe gern annehmen, aber er könne nicht! Nach Beendigung des Vortrages geht eine Resolution ein, in welcher der Verein sein tiefes Bedauern über die Wiederwahl des Herrn Dr. Strug ausdrückt und sich mit dem Austritt der 18 „entschieden“ freisinnigen Stadtverordneten einverstanden erklären sollte. Und siehe da, diese Resolution fiel ins Wasser, die Mehrheit erklärte sich für Herrn Dr. Strug!“

Nach diesen Vorgängen zu schließen, wird es bei den nächsten Stadtverordnetenwahlen im „freisinnigen“ Lager recht lebhaft bergehen. Die 18 Seßstuhlsitze werden natürlich alle Bebel in Bewegung setzen, um ihr Fährlein zu vergrößern und die Fraktion der Portierkollektoren wird allen nur möglichen Schwag anbieten, um den Vereinen die „alten bewährten Mitglieder“ von Neuem an den Hals zu reden. Die Möglichkeit ist also nicht ausgeschlossen, daß sich diese beiden „freisinnigen“ Richtungen bekämpfen. In allen den Bezirken, in welchem das geschieht, wird sich natürlich auch ein sozialistischer Bewerber um das Mandat einstellen, die Chancen für denselben sind dadurch nicht schlechter geworden.

Ein ergötzliches Schauspiel aber wird sich darbieten, wenn zu Beginn des neuen Jahres im Stadtverordneten-Kollegium die Neuwahl des Vorsitzers stattfindet. Herr Dr. Strug wird geben, um auf seinen wohl verdienten Lorbeeren auszuruhen. Wer aber soll sein Nachfolger werden? Die Majorität ist so arm an Männern, die sich diesem Amt eignen, daß da wirklich guter Rath theuer ist. In der Provinz wird man die „freisinnigen“ Berliner anblähen, wenn man erfährt, daß sich dieselben zum Stadtverordneten-Vorsitzer einen Herrn aussuchen, der nicht im stände war, auch nur einen Satz in freier Rede zu sprechen. Es hörte sich wirklich ganz lässlich an, wenn der Herr Dr. Strug bei einer Gelegenheit, bei welcher er repräsentieren sollte, sein Blätchen Papier aus dem Busen zog und mühselig einige Sätze davon herunterlas. Es hatte sich denn doch mancher den Stadtverordneten-Vorsitzer der Haupt- und Residenzstadt Berlin etwas anders vorgestellt. Und nun jauchern die guten freisinnigen Seelen noch in herzbrechenden Tönen darüber, daß der „bewährte“ Herr Vorsitzender nicht mehr mißspielen will. Es geht doch nichts über die Weisheit der Berliner Freisinnigen.

In wie alberner Weise die Bewegung unter den Bediensteten der Pferdebahnen in Mißkredit zu bringen mancher Leute bestrahlt hat, davon heisst ein Artikel in Nr. 44 der „Straßenbahn“ eine liebliche Illustration. In demselben heißt es nämlich unter anderem: „Die 12 Entlassenen (der Großen Berliner Pferde-Friedrichs-Gesellschaft), welche bis Ende des Jahres ihr Gehalt unverkürzt erhalten, brauchen sich nicht allzusehr zu beklagen, denn sie haben Zeit, da die Bewegung doch einen größeren Umfang angenommen hat, sich auf Kosten der Gesellschaft auf ihren zukünftigen eintäglichen Verzug als sozialistische Agitatoren im Verkehrsgebiete vorzubereiten.“ Das bringt jedenfalls mehr, als der Schaffnerdienst.“ Herr Karfunkel, dem Redakteur und Verleger der „Straßenbahn“, scheint die Schlämme noch bedenklich tief über den Ohren zu sitzen. Eine unheimliche Komik entwickelt Herr Karfunkel aber, wenn er weiter sagt: „Inzwischen hat eine große Versammlung stattgefunden, eine Vereinsorganisation ist auch ins Leben gerufen worden. Dabei ist uns Versehenes aufgefallen, was wir nicht unerwähnen wollen. Als Vorsitzender nämlich erscheint ein „Schaffner“ Faber, von dem wir uns erinnern, daß er in Anfang der Bewegung als Goldarbeiter genannt wurde. Diese plötzliche Verwandlung weißt auf einen gewerbemäßigen Agitator hin, der wahrscheinlich — um seine Dummheit und Fachkenntnis außer Zweifel zu stellen — von den andern Vertretern der Bewegung schnell zum „Brennschaffner“ ernannt worden ist.“ Zur Erklärung dieses ergötzlichen Phantasiestückes des Herrn Karfunkel möge hier bemerkt sein, daß ein der Wechselsche unklugender Reporter in einem Berichte an die „Kreuz-Zeitung“ den als Obmann des geschäfts-ähnlichen Ausschusses der Berliner Streik-Kontrollkommission männiglich bekannten Goldarbeiter Faber als „Pferdebrennschaffner“ hat figurieren lassen. Herr Karfunkel hat also aus der „Kreuz-Zeitung“ seine Weisheit geschöpft, die er nun leuchten läßt — wie es in einem schönen Verse heißt — „wie der Karfunkel im Ofenloch, wie das Licht in der Latern.“ Dem Herrn wäre doch anzurathen, sich einen zuverlässigeren Weisheitsdorn zu beschaffen, als die „Kreuz-Zeitung“. Und wenn Herr Karfunkel sich schließlich noch erdreistet, zu schreiben: „Der von Seiten dieser Herren (der Leiter der Bewegung) zu Tage tretende Idealismus, ihre ungemessene Vorzüglichkeit für das Wohl der armen Angestellten im öffentlichen Verkehrsgebiete, enthält eine starke Vermischung von Eigenmuth; man hat das bestimmte Gefühl, daß die Herren sehr gern im Trüben fetter Lachse fangen wollen“, so hat er sich damit nur selber das Urtheil gesprochen als unberufenem und ungerufenem Vertreter der Interessen der Verkehrsgeellschaften.

Eine bemerkenswerthe Entscheidung, die in den weitesten Kreisen Aufsehen erregen dürfte, hat die kaiserliche Ober-Postdirektion gegenüber der Petition eines Fernsprech-Angeschlossenen soeben getroffen. Der Betreffende, ein Buchdruckermeister, in dessen Verlage eine ganze Anzahl Buchentwürfe erschienen, hatte sich an die obige Behörde mit der Bitte gewandt, die einzelnen Namen seiner Journale unter den entsprechenden Buchstaben des Fernsprech-Registers mit einem Hinweis auf den Namen des Verlegers einzutragen lassen zu dürfen. Es handelt sich dabei um insgesamt sechs Eintragungen und dieser Wunsch ist dem Buchdruckermeister gewährt worden, er muß aber dafür 600 M. pro Jahr bezahlen! Die Ober-Postdirektion schreibt in ihrer Entscheidung wie folgt:

„Es. Wohlgebornen theile ergebenst mit, daß die Eintragung eines Fernsprech-Anschlusses grundsätzlich nur an einer Stelle des Verzeichnisses erfolgt und daß es nur in dem Falle, in welchem der Name des Inhabers einer Fernsprechstelle von seiner handelsgerichtlichen Eintragung abweicht, statthaft ist, einen entsprechenden Hinweis an zweiter Stelle losensfrei anzubringen. Sofern dagegen die Annahme mehrerer selbstständiger Eintragungen bezw. Firmen gewünscht wird, ist die für die Betheiligung an einer Stadt-Fernsprechrichtung festgesetzte Gebühr von mindestens 100 M. zu entrichten. Hierfür würde alsdann auf Wunsch die

Auffstellung je eines weiteren Apparates ohne Erhebung weiterer Kosten erfolgen. Die Gebühr ermäßigt sich jedoch nicht, wenn Sie von der Auffstellung weiterer Apparate absehen sollten, und dieselbe muß auch dann erhoben werden, wenn der Inhaber der verschiedenen Einrichtungen bezw. Firmen ein und dieselbe Person ist.“

Eine recht zeitgemäße Bekanntmachung, die für Berlin in Hinblick auf den durch Gasausströmung erfolgten Unfall in der Alexandrinenstraße besonders aktuell ist, erläßt die Verwaltung der Gasanstalt einer benachbarten Stadt. Die Bekanntmachung lautet: „Anhaltend harter Frost verursacht tief in das Erdreich eindringend, unter Umständen Undichtigkeiten und Brüche in den in der Erde liegenden gasführenden Gasleitungs-röhren. Daß in solchen Fällen ausströmendes Gas kann durch die gerotene Erdoberfläche (und in Berlin auch durch Asphalt und betoniertes Pflaster) nicht nach oben entweichen, sondern sucht häufig, besonders den Einführungen der Kanal- und Wasser-röhren folgend, einen Ausweg in benachbarte Gebäude, so daß Gase in Treppen können, daß sich in Häusern (und in Wohnungen) Gasgeruch bemerkbar macht, in denen gar keine Gasleitung besteht. Es ist daher dringend notwendig, in allen Fällen, wo Gasgeruch wahrgenommen wird, sofort direkte Anzeige auf der Gasanstalt zu machen, zugleich aber die betreffenden Räume zu lüften und dieselben nicht mit brennendem Licht oder Feuer zu betreten.“

Von dem Direktor der Städtischen Blindenanstalt, Herrn Kall, erhalten diese Blätter folgende Zuschrift: „Die Anglegenheit des „berühmten“ arabischen Augenarztes Solam Kader nimmt z. Z. das öffentliche Interesse lebhaft in Anspruch. Ein Bericht über dessen Erfolge bei den Jöglingen der Städtischen Blindenanstalt, Alte Jakobstr. 112, dürfte daher nicht unangelegen kommen. Herr G. Kader ließ kurz nach seiner Ankunft in Berlin hier anfragen, ob er die Jöglinge der Anstalt einer augenärztlichen Untersuchung unterziehen dürfte. Es lag sein Grund vor, ihm dies zu verweigern. Er kam daher am folgenden Tage in Begleitung eines Dolmetschers und untersuchte etwa 100 Jöglinge, von denen die Hälfte Erwachsene und die anderen schulpflichtige Kinder sind. Die Jöglinge sind zum größten Theil in Behandlung unserer tüchtigen Augenärzte gewesen, und es ist somit nichts unversucht geblieben, ihnen ihre Sehkraft zu erhalten oder zu bessern. Die Untersuchung war eine höchst fruchtige und vollzog sich in kaum einer Viertelstunde. Es wurde von dem Augenarzt auch nicht an einen Jögling irgend welche Frage nach Ursache, Alter und Grad der Erblindung gerichtet. Dagegen erklarte der Arzt die sämtlichen Jöglinge mit nur geringen Ausnahmen für heilbar, selbst Kinder, die von Geburt an hochblind sind, während er einen zehn-jährigen Knaben, der noch so viel Sehkraft besitzt, daß er Farben unterscheidet, als nicht besserungsfähig abwies, was unser Befremden erregte. Nachdem er dann noch im Handarbeitsaal der Erwachsenen diesen einen ihn sehr rühmendes Zeitungsausschnitt durch seinen Dolmetscher hatte vorlesen lassen und dadurch die Gemüther mit den schönsten Hoffnungen erfüllt, erbot er sich, die sämtlichen Jöglinge in monatliche Behandlung zu nehmen. Wir konnten diesen Vorschlag gegenüber vorläufig nichts thun, als unseren Jöglingen rathen, sich mit ihren Angehörigen zu besprechen und ihr Heil zu versuchen, jedoch die Annahmsordnung nicht zu verletzen. Es haben sich die meisten unserer Jöglinge dem Herrn Kader sofort in Behandlung gegeben. Jetzt nachdem hierzu er bereits drei Wochen verstrichen sind, und Herr Kader bei seinem Besuche die Dauer der Kur auf etwa vier Wochen feststellte, haben wir die erwachsenen Blinden im Wustfaß versammelt und sie betreffs ihrer Behandlung und der Erfolge der Herrn Kader angefragt. Dabei hat sich folgendes ergeben: Versammelt waren 40 Blinde, die zum größten Theil eine dreiwöchentliche Kur mit täglich einmaliger Behandlung bereits abgehandelt haben. Die Behandlung selbst ist mit wenigen Ausnahmen bei allen dieselbe gewesen. Herr K. besetzt ein Fluidum, angeblich aus einigen 60 indischen Kräutern hergestellt, das er vermittelst eines Pinsels in die Augen einträgt. In einzelnen Fällen wird den Blinden eine Salbe auf das untere Augenlid aufgetragen, auch Pölen ins Auge gelegt oder ein Pulver ihnen zu schnupfen gegeben. Einzelne erklären auf Verfragen, daß sie alle mit demselben Pinsel bestrichen worden sind, und daß nur bei den „jähren“ Blinden der Pinsel nach dem Gebrauch gereinigt wird. Was nun die Wirkung der Behandlung anbelangt, so wird folgendes festgestellt: Alle haben nach Einbringung des Fluidums ein lebhaftes Brennen in den Augen empfunden, das etwa zwanzig Minuten andauerte. Bei vielen hat sich infolge der Behandlung ein bestiger Kopfschmerz eingestellt, der sich bis zum Gesicht erstreckte und die Betroffenen in einen Zustand höchster nervöser Erregung versetzte. Bei einem Blinde, der auf dem linken Auge noch einige Sehkraft besitzt, hat sich dieses Auge stark entzündet und ist die Haut gerötet. Ihm ist fortwährend gewesen, als habe er Sandkörner in den Augen. Er hat alsdann sofort die Kur eingestellt und das erkrankte Auge durch Kamillenumschläge wieder hergestellt. Eine direkte Wirkung auf die Augen, die aber nur kurze Zeit andauerte, wußten etwa 12 Jöglinge verpfänd haben, und zwar nach jedesmaliger Behandlung beim Herausstreifen auf die Straße, wo sie kurze Zeit das Gefühl hatten, als habe sich ihre bisherige Sehkraft verbessert. Zwei wußten in diesem Zustande die Hausnummern erkannt haben, die sie sonst nicht gesehen haben. Die übrigen 24 Jöglinge haben nicht die geringste Veränderung ihrer Augen beobachtet. Eine außerordentliche Besserung ihrer Sehkraft wußten 5 Jöglinge gewonnen haben. Einer von diesen, ein sechzehn-jähriger Jögling, der seit seinem zweiten Lebensjahre total blind ist, will jetzt nach 14 Wochen das Laupentlicht sehen können. Es muß bei diesem Jögling aber bemerkt werden, daß er auf einer niedrigen Stufe geistiger Fähigkeiten steht, und daß in diesem Falle nur eine ärztliche Prüfung das Ergebnis als glaubwürdig hinstellen könnte. Ein anderer von den Jöglingen bezug, er habe durch Kader in 14 Tagen die Besserung seiner Augen erlangt, die er durch dreimonatliche Seelbäder, die ihm ein hiesiger Augenarzt verordnete, erzielte. In diesem Falle steht es in Frage, ob der gegenwärtige vermeintliche Erfolg nicht eher den Seelbädern, die er in letzter Zeit genommen hat, als dem K.'schen Fluidum zuzuschreiben ist. In allen fünf Fällen müßten die thatsächlichen dauernden Erfolge als kaum nennenswerthe bezeichnet werden. In einem Falle hat der Augenarzt ein junges Mädchen unserer Anstalt für unheilbar erklärt und ihr gerathen, ihre Besuche einzustellen, sie trotz dieser bestimmten Erklärung aber gelassen und ihr Schmerzmittel verschrieben, worüber dies junge Mädchen noch heute ganz empört ist. Nach unseren Erfahrungen hat Herr K. mit seinem Fluidum bisher nur so viel erreicht, daß er die Blinden in einen Zustand nervöser Aufregung versetzt und in ihnen solche Hoffnungen unterhält. Nach Mittheilung der Jöglinge sollen ihm allerdings einige gr. Staaroperationen gelungen sein, bekanntlich die schwierigsten Augenoperationen, die auch unsere Augenärzte mit sicherem Erfolge vorzuführen. Wenn sich daher Herr K. seiner Heilungen rühmt, so werden wohl diese Jöglinge derohalben an den Glauben zu verlieren. Es ist im übrigen das Auftreten des Herrn K. betrieft, so muß es bedröden, daß er sich in seiner ersten marxistischen Anklage einen „berühmten arabischen“ Augenarzt nennt, während er doch in Singapore seine Studien gemacht und nur in Indien und Italien vöser praktiziert hat, und daß er ferner in ebendiesem Anklagebuch sich rühmt, im Institut für „unheilbare“ Blinde zu Genoa 1886—87 mit größtem Erfolge „geheilt“ zu haben. Wenn dies der Fall gewesen wäre, so hätten damals unsere Jöglinge Briefe für Blindenwesen schriftlich hierüber Mittheilungen gemacht. Das ist aber keineswegs der Fall gewesen. Wir haben uns an die Direktion der Blindenanstalt in Genoa gewandt mit der Bitte um Auskunft hierüber und warten noch auf Bescheid.

den wir demnächst mittheilen werden, sobald derselbe eingetroffen ist. Was soll man endlich von der ärztlichen Gewissenhaftigkeit des Herrn Kader halten, wenn derselbe bei seinem Besuche in unserer Anstalt nur durch seinen Dolmetscher die Behauptung übermitteln ließ: „Er habe in einer Stunde schon 1000 Blinde behandelt!“

Einen werthvollen Fund glaubte am Dienstag der Lumpensammler Gulan G. in Niddorf gemacht zu haben, als er in der Straßstraße eines alten Kodes die funkelnde Kiste einer Baubank, über 800 M. lautend, fand. Freilich hatte G. keine Ahnung, daß diese Baubank während der Gründerzeit entstanden und mit derselben auch verfrachtet, das Papier also absolut nicht einen Heller werth war. Freudenstrahlend ging G. nun nach Berlin und versuchte an verschiedenen Stellen die Kiste zu veräußern, wurde jedoch zu seinem Aerger überall lachend abgewiesen. Er kehrte deshalb nach Niddorf zurück, begab sich in ein dortiges Lokal, machte hier eine ziemlich große Zeche und gab hinterher das werthlose Papier in Zahlung. Die Folge davon war, daß G. einem Geldarmen übergeben wurde, der den „verfrachteten Aktionär“ wieder kaufen ließ, als ihm dieser sein Leid erzählte und sich zur Zahlung der Zeche in Waar bereit erklärt h-tte.

In dem Prozeß wider Kohnard wegen der in der Judenfinstroschüre als ausgesprochenen Beleidigungen ist die 200 Seiten starke Anklageschrift dem Angeklagten zugestellt worden. Dieselbe ist vom Staatsanwalt Tschelcher unterfertigt und enthält etwa 20 verschiedene Strafpunkte, darunter die des Staatsministeriums, des Kriegsministers, des Oberpräsidenten Kühle, zahlreicher Regiments-Kommandeure, die Kohnard in seinen Reden beleidigt haben soll und vieler anderer Offiziere. Die Staatsanwaltschaft erachtet seine Anschuldigungen im vollen Umfange für unerwiesen.

Eine Schreckenszene spielte sich vorgestern Abend im Hause Oberbergstr. 12 ab. Die dort wohnhafte Frau Fräulein hatte ihren 24 Jahre alten Sohn Emil wegen dessen Geistesgekränktheit im Juli d. J. einer tiefen Anstalt überweisen müssen. Vor einigen Tagen wurde der junge Mann der Mutter als vorläufig geheilt wieder zugeführt, und sein Benehmen ließ auch darauf schließen, daß man es wieder mit einem geistig zu rechnungs-fähigen Menschen zu thun habe. Vorgestern Abend ergriff er in der mütterlichen Wohnung plötzlich ein Messer und bedrohte seine Mutter mit dem Tode. Der Frau gelang es, sich zu retten, und die Polizei konnte noch rechtzeitig einschreiten, um den Rasenden sicherzustellen und Johann der Charitee zu überweisen.

Der Raubmörder Kühne, der an dem Ueberfalle des Landmannes Nöhring beteiligt ist, hat gelegentlich seines Transportes die Versicherung fallen lassen, daß sein Komplize Bahn, der sich noch auf freiem Fuße befindet, in der Anfertigung falschen Geldes nicht ungeschickt sei. Diese Mittheilung ist zur Kenntniß des Untersuchungsrichters gebracht worden.

Der Reichs-Anzeiger veröffentlicht folgende Bekanntmachung: Für die nächstjährige Heeres- und Kriegsaushebung wird denjenigen jungen Männern, welche in dem Zeitraum vom 1. Jan. 1878 bis zum 31. Dezember 1878 geboren sind und sich hieselbst aufhalten, in Erinnerung gebracht, daß, soweit dieselben mit Lauschem oder sonstigen Beweismitteln über die Zeit und den Ort ihrer Geburt noch nicht versehen sind, sie sich zur Abwendung ihrer sonst unabweislichen Nachtheile dergleichen Bescheinigungen nunmehr zu beschaffen haben. Die für diesen Zweck aus den Kirchenbüchern z. z. ertheilenden Bescheinigungen werden kostenfrei ausgestellt. Der Zeitpunkt zur Anmeldung behufs Ausstellung der Bescheinigungen-Stammbücher wird in der ersten Hälfte des Monats Januar l. J. bekannt gemacht werden.

Herr Franz Gerike, lithographische Anstalt, Souffleur 17, erucht uns in einem Schreiben unter Verlangung auf S. 11 des Preßgesetzes um die Mittheilung, daß in seiner Anstalt ein Familienwörter von drei Kindern als Wochenlohn nicht 5, 6 resp. 2 M. gezahlt worden.

In unserer Druckerei wurden gestern Morgen circa 4000 Exemplare des Flugblattes: Landente, Handwerker, Arbeiter - Verlang von Otto Anstalt - auf Requisition des Landgerichts Guben durch die Kriminalpolizei beschlagnahmt.

Marktpreise in Berlin am 16. November, nach Ermittlungen des Polizeipräsidiums. Weizen per 100 Kg. guter von 16,00-17,50 M., mittlerer von 15,40-15,00 M., geringer von 14,90-14,40 M. Roggen per 100 Kg. guter von 13,80-13,60 M., mittlerer von 13,50-13,30 M., geringer von 13,20-13,00 M. Gerste per 100 Kg. gute von 17,00-16,00 M., mittlere von 15,80-15,00 M., geringe von 14,90-14,00 M. Hafer per 100 Kg. guter von 16,40-15,00 M., mittlerer von 15,00-14,80 M., geringer von 14,70-14,00 M. Stroh, Rind per 100 Kg. von 4,90-4,00 M. Heu per 100 Kg. von 5,00-5,00 M. Erbsen per 100 Kg. von 40,00-25,00 M. Spriehohnen, weiße per 100 Kg. von 30,00-20,00 M. Linsen per 100 Kg. von 30,00 bis 30,00 M. Kartoffeln per 100 Kg. von 6,00-4,00 M. Rindfleisch von der Keule per 1 Kg. von 1,60-1,20 M. Schmalz per 1 Kg. von 1,40-0,90 M. Schweinefleisch per 1 Kg. von 1,50-1,10 M. Kalbfleisch per 1 Kg. von 1,60-0,80 M. Hammelfleisch per 1 Kg. von 1,50-0,80 M. Butter per 1 Kg. von 2,00 M. Eier per 60 Stück von 6,00-2,60 M. Fische per 1 Kg.: Karpfen von 2,40-1,20 M., Aale von 2,80-1,20 M., Sarsche von 2,40-0,80 M., Heute von 1,80-1,00 M. Barsche von 1,60-0,70 M., Schleie von 2,40-1,20 M., Biele von 1,40 bis 0,70 M., Krebse per 60 Stück von 12,00-2,00 M.

Polizeibericht. Am 16. d. Mts. Vormittags wurde ein Hausbesitzer in seiner Wohnung in der Bahmannstraße erhandelt vorgefunden. - Vor dem Hause Gartenstr. 162 gerieth Nachmittags ein fünfjähriger Knabe unter die Räder einer Droschke und wurde am Arm bedeutend verletzt. - Beim Aufspringen von einem in der Fahrt befindlichen Omnibus fiel Abends ein Sattler vor dem Hause Nitterstr. 110 zur Erde und erlitt eine Verletzung des Hinterkopfes. - In der Nacht zum 17. d. Mts. fand in einer Schankwirtschaft in der Schillingstraße eine Schlägerei statt, bei der der Arbeiter Pohle einen Schuhmacher mittels eines Knüttels an Kopf so bedeutend verletzte, daß dessen Weiterführung nach dem Krankenhause am Friedrichsbain erforderlich wurde. Der Thäter wurde verhaftet. - Am 16. d. Mts. fanden drei Brände statt.

Gerichts-Zeitung.

Prozeß Oberwinder.

Vor der vierten Strafkammer hiesigen Landgerichts I begann gestern die Verhandlung gegen den Verlagsbuchhändler und Schriftsteller Heinrich Oberwinder, welcher beschuldigt ist, durch eine Broschüre die Mitglieder des Gerichtshofes in Cleve, durch welche s. Z. die Verhandlungen in Sachen des Kantener Knabenmordes stattgefunden, insbesondere den Untersuchungsrichter Landgerichtsrath Brigijs und den Ersten Staatsanwalt Baumgard beleidigt zu haben. - Den Vorsitz des Gerichtshofes führt Landgerichtsrath Braun, die Staatsanwaltschaft vertritt Staatsanwalt Stachow II, der Angeklagte wird durch die Rechtsanwältin Dr. Schwindt-Berlin und Clasing-Vielefeld vertheidigt.

Der Angeklagte, welcher Verleger der Zeitung „Das Volk“ und Inhaber der „Vaterländischen Verlagsanstalt“ ist, hat eine

Broschüre unter dem Titel „Der Fall Buschoff. Die Untersuchung über den Kantener Knabenmord. Von einem Eingeweihten.“ herausgegeben, welche wegen ihres Inhalts s. Z. mit Beschlag belegt worden ist und den Gegenstand der Anklage bildet. In einem früheren Termin war beschloffen worden, die oben genannten Gerichtsperionen und mehrere in dem Clever Prozeß als Zeugen vernommenen Personen als Zeugen herbeizuladen. Erschienen sind u. a. der Erste Staatsanwalt Baumgard, Landgerichtsrath Brigijs aus Cleve, Kaplan Gresser, Bürgermeister Schleg, Stadtverordneter Rüppers, Synagogenvorsteher Oster, Gärtner Möders und die Dienstmagd Dora Wolf aus Kanten, Oberbibliothekar Dr. Horwiz, Kriminalkommissar Verhulsdonk aus Krefeld, Kriminalkommissar Wolff aus Berlin.

Der Angeklagte erklärt, daß er den Inhalt der Broschüre vertritt, bis auf einige in derselben enthaltene Geschmölzigkeiten. Die Schrift sei von einem angesehenen Bürger, der an Ort und Stelle lebt, verfaßt worden, er lehne es aber ab, den Verfasser zu nennen.

Aus der Broschüre werden zunächst zahlreiche Stellen vorgelesen. Es wird darin dem Ersten Staatsanwalt Baumgard und dem Landgerichtsrath Brigijs der Vorwurf gemacht, daß die Untersuchung gegen Buschoff geführt worden sei, nicht um die Wahrheit zu ermitteln, sondern um die Unschuld Buschoffs darzutun. Außerdem wird behauptet, daß Frau Kander, eine Bekannte Brigijs gegen Buschoff, die sich im Dezember 1891 vor der Strafkammer des Clever Landgerichts wegen Mißhandlung einer Jüdin zu verantworten hatte, zu einer unverhältnismäßig hohen Strafe verurtheilt worden sei und zwar, weil sie als Belohnungsgewinn gegen Buschoff aufgetreten sei. Dem Staatsanwalt Baumgard wird vorgeworfen, daß er beim Verhör die Belohnungsgewinn barch behandelt und dieselben dadurch verwirrt, sich dem Judenmädchen Buschoff gegenüber aber stets kavalierrmäßig benommen habe. Derselbe sei erst acht Tage, nachdem das gemordete Kind vorgefunden, persönlich am Thortort erschienen und habe dann, anstatt die Buschoff'sche Wohnung in allen Ecken und Winkeln zu durchsuchen sich mit einer sehr oberflächlichen Besichtigung des Thortortes begnügt. Es wird ferner behauptet, daß Buschoff'sche Wohnung durch die Verhaftung des gemordeten Kindes an Ort und Stelle zu eilen, habe der Erste Staatsanwalt in Cleve die erste Augenbesichtigung dem Alteser Klaffen überlassen. Von vornherein habe man die Untersuchung in das unerschwinglichste Dunkel gehüllt, kein Hod verurtheilt könne je mit größter Geheimhaltung geführt werden. Die Herren Brigijs und Baumgard scheinen es eben darauf abgesehen zu haben, für alle Fälle in dem pyramidalen Verfahren ihre Hand zu behalten. Der öffentliche Ankläger habe die allelementarsten kriminalistischen Pflichten außer Acht gelassen und von Anfang an nur mit augenscheinlichem Widerstreben eingegriffen, er habe die einwandfreien Zeugen keineswegs unterzucht, sondern durch barches Wesen entmündigt. Nach alledem würde man sich kaum darüber wundern können, wenn Herr Brigijs es am Ende noch fertig bringe, nach dem Sturzer Kander irgend einen Katholiken an Stelle Buschoffs auf den Thurm zu schicken. Es hätten sich ja in Laufe der Voruntersuchung schon die wunderbarsten Ueberfahrungen abgesehen, warum sollte also der salto mortale einer Christenverhaftung als wirksamster Uebervorteil erspart werden? Die Belohnungsgewinn Kander sei mit den ihrigen zu längerer Haft und Geldstrafe verurtheilt worden, weil sie es nicht dulden wollte, daß die jüdische Schlichterfrau Brudmann ihren Sohn, welcher „Deps“ gerufen haben soll, erheblich mißhandelte z. z.

Der Angeklagte weist darauf hin, daß die Broschüre nach der Hastentlassung Buschoffs geschrieben worden sei, welche mit Recht ungeheures Aufsehen erregt habe. Er sei bei der Herausgabe nicht von Judenthüm geleitet gewesen, sondern man habe in Kanten die Betrachtung angestellt: wäre es das Kind eines reichen Mannes gewesen, welches da ermordet vorgefunden wurde, so wäre die Untersuchung gewiß in ganz andere Wege geleitet worden, als jetzt, wo es sich um das Kind armer Eltern handele. Der Angeklagte führt eine ganze Reihe von Thatsachen an, aus welchen nach seiner Ansicht hervorgeht, daß die genannten Herren in der That befangen und voreingenommen gewesen seien und ihre Pflicht nicht gethan haben. Es sei beweisbar, daß Staatsanwalt Baumgard die Belohnungsgewinn barch behandelt habe und sie veranlassen wollte, ihre Aussagen zurückzuziehen. Er habe die Empfindung, daß man dort und hier in Berlin von reinen Gedanken beherrscht worden, daß man alles vermeiden lasse, was der sogenannten antisemitischen Agitation Nahrung geben könnte. Das Material, welches dem Kriminalkommissar Wolff vorgelegen und zur Verhaftung des Buschoff geführt habe, habe auch dem Kriminalkommissar Verhulsdonk vorgelegen. Mit diesem Material war er zu dem Staatsanwalt Baumgard gegangen, und trotzdem habe derselbe die Verhaftung nicht vorgenommen, weil, wie er gesagt haben soll, der Oberstaatsanwalt es nicht wollte. Alle Akte, welche der Erste Staatsanwalt und der Landgerichtsrath Brigijs in dieser Sache vorgenommen, zeugten davon, daß dieselben befangen und voreingenommen und ihrer Aufgabe nicht gewachsen gewesen seien. Der ganze Prozeß sei zweifellos anders geführt worden, wie es sein sollte. Die in den Händen der Juden befindliche Presse habe für Buschoff agitiert, ihr hätten sich die Rabbiner und der jüdische Gemeindevorsteher angeschlossen, ja, Herr Frisch Hildeheimer sei sogar bis zum Minister gegangen und habe selbst versucht, auf die kriminalistische Seite des Prozeßes Einfluß zu gewinnen. Er habe sich in der Broschüre zum Anwalt des beleidigten Rechtsbewusstseins gemacht, denn, wie er sich in Kanten persönlich überzeugt habe, halte man dort, wie auch er, das Verfahren in dem Buschoff-Prozeß für ein ganz pyramidales und die dortige Bevölkerung sei auch jetzt noch über den Ausgang der ganzen Sache ganz erhornt. Er selbst halte Buschoff nicht für einen Verbrecher, glaube auch nicht an den Ritualmord, aber er wisse, daß es überall abergläubige Menschen giebt, welche aus Aberglauben Verbrechen begehen. - Der Angeklagte schildert eingehend die Einzelheiten der Voruntersuchung und des Prozeßes Buschoff, um darzutun, daß die Angriffe, welche die Broschüre enthalte, berechtigt gewesen seien. - Der Vorsitzende bemerkt dem Angeklagten, daß ihm selber kein Mensch verbieten könne, wenn er den Buschoff-Prozeß zum Gegenstand einer Broschüre machen wolle. Es lasse sich ja viel an dem Verfahren kritisieren, wenn aber der Angeklagte dem ersten Staatsanwalt und dem Untersuchungsrichter Befangenheit hätte zum Vorwurfe machen wollen, so hätte er dies zweifellos ohne Beleidigungen thun können. Der Angeklagte lehnte offenbar die Akten nicht, denn diese beweisen, daß der Erste Staatsanwalt seine Maßnahmen keineswegs einseitig ergreifen habe. Er wisse gewiß gar nicht, daß der Staatsanwalt verlangt habe, die Anklage nicht nur gegen Buschoff, sondern auch gegen dessen Frau und Tochter zu erheben. Die beschließende Strafkammer habe aber die Erhebung der Anklage gegen Frau und Tochter abgelehnt. Der Staatsanwalt habe sich damit aber keineswegs beruhigt, er habe vielmehr Beschwerde bei dem Oberlandesgericht in Köln erhoben und erst nachdem dies erfolglos geblieben, mühte die Freilassung der Frau und des Mädchens erfolglos. Wichtig sei es ja, daß der Erste Staatsanwalt von Anfang an der Ansicht gewesen ist, daß Buschoff der Thäter nicht ist; er habe auch von Anfang an den Standpunkt vertreten, daß die Beschuldigte vom Ritualmord ein Unkan sei. Diese Anschauung habe durch den Prozeß doch ihre volle Bestätigung gefunden durch das Gutachten der einwandfreien Sachverständigen. Es sei klar zu erweisen, daß es sich um gar keinen Schächterschnitt handele, sondern um den ungeschickten Schnitt eines anderen Mannes gehandelt habe. - Der Angeklagte beharrt auf der Wichtigkeit seiner Behauptungen und läßt sich über die Motive der die Untersuchung führenden Herren aus. - Staatsanwalt Stachow:

Bleibt giebt eine Stelle auf der Seite 23 der Broschüre darüber Auskunft, welche Motive gemeint sind. Es heißt dort nämlich: „Wenn es sich um irgend einen Christenmörder handelt, in oder vor dessen Behauptung ein Ermordeter aufgefunden wird, so pflegen unsere Exekutivbehörden meistens derartig besrenzliche Rücksichten nicht zu üben, sondern in neunzig von hundert Fällen wird, wenn nicht besondere Entlohnungen vorliegen, sogar auch Geradenwohl eine vorläufige Verhaftung vorgenommen. Bei dem Schächter Buschoff hingegen, zu dessen Gunsten sich - seine Glaubensgenossen ausgenommen - auf 10 Quadratmeilen in der Runde auch nicht eine Stimme erhob, wird jedoch, Gott weiß warum, der öffentlichen Meinung zum Hohne von einer Durchsuchung und Festsetzung „prinzipiell“ abgesehen.“ Der Staatsanwalt hält es gleichzeitig für seine Pflicht, da die vielen Anführungen des Angeklagten vielleicht nicht Gegenstand der Beweisaufnahme werden dürften, aus ausdrückliche zu erklären: Alles, was derselbe bezüglich des Ganges der Untersuchung und die Thätigkeit der an der Untersuchung Beteiligten gesagt hat, ist nur halb richtig oder unrichtig.

Der erste Zeuge ist der Erste Staatsanwalt Baumgard. Derselbe weist den ihm gemachten Vorwurf, Belohnungsgewinn barch behandelt zu haben, als unwahr und ungehörig zurück. Es könne sich höchstens um seine Behandlung des Zeugen Möders handeln; was er über den Zeugen Möders zu den Akten gebracht, halte er voll und ganz aufrecht, namentlich, daß derselbe bei der ersten Vernehmung einen befangenen und bedeutenden Eindruck gemacht habe. Auf Entschuldigungen bestreite er, daß er diesen Zeugen barch angesehen und verwirrt habe. Was sein angebliches kavalierrmäßiges Auftreten gegen das Judenmädchen betreffe, so bemerke er, daß er nicht bloß gegen Judenmädchen sondern gegen jedermann anständig aufgetrete. Er bemerke im allgemeinen, daß er seine Aussagen hier nur im dem Sinne mache, daß er dem Gerichtshof Aufklärung zu geben, nicht aber sich der Vertheidigung gegenüber zu rechtfertigen. - Rechtsanwältin Clasing findet in den strafprozessualischen Vorschriften keine Handhabe für eine solche Unterzuchtung. - Zeuge Baumgard verwehrt sich weiter gegen den Vorwurf, daß er bei seinen Maßnahmen, die er gegen Buschoff unternehmen, säumig gewesen sei. Der Mord in Kanten sei am 29. Juni gegen Abend verübt worden, am Mittags des 30. Juni sei ihm die erste Mittheilung davon geworden. Er habe den Alteser Klaff sofort nach Kanten geschickt, aber nicht allein, sondern in Begleitung des Staatsanwalts Hing. Nach der Rückkehr des Alteser Klaff und dem Berichte desselben habe sich der Verdacht zuerst herausgebildet, daß es sich um die That eines Verrückten, vielleicht des geisteskranken Oheims des ermordeten Knaben Hegmann, handele. Von einem Verdachte gegen Buschoff wurde amtlich nichts gemeldet, erst später wurde von einem „braunen“ zirkulirenden Gerücht gesprochen. Am 3. Juli, als er noch nicht im Besitz der Akten gewesen, habe er dann nach Kanten telegraphirt, die Akten seien ihm zugegangen, er habe sie während des Sonntags studirt und sei am Montag selbst nach Kanten gefahren. Er habe am Montag und Dienstag 45 Zeugen vernommen. Unwahr sei es, daß er keine Besichtigung des Buschoff'schen Hauses vorgenommen, vielmehr habe er das Haus vom Keller bis zum Dach untersucht. Auf die Frage des Landrichters Dr. Curtius, warum über diese Hauszuchtung kein Protokoll aufgenommen worden sei, erwidert der Zeuge, daß er dies nicht für nöthig gehalten, weil er nur im polizeilichen Ermittlungswege thätig war und um nicht unnöthiger Weise die im Feuer zu gießen. Er habe in allen diesen Dingen das gethan, was seine Pflicht gewesen sei. Er gehe zu, daß er damals seinerseits Verdacht gegen einen anderen jüdischen Händler Namens Hessmann gehabt habe, der bald nach der That aus Kanten verschwunden gewesen sei. Gegenüber anderen Vorwürfen behauptet er, daß er so lange und so oft in Kanten gewesen sei, wie er es für nöthig gehalten habe. Er sei zuerst zwei Tage dort gewesen, konnte aber ohne den Bürgermeister, der nicht amwesend gewesen, nichts thun. Er sei dann am 9. oder 11. Juli wieder dort gewesen und habe dann beschlossen, einen Detektiv dorthin zu senden. Er habe denselben entsprechend instruiert.

Zeuge Alteser Staatsanwalt Baumgard befindet im weiteren Verlaufe seiner Vernehmung, daß er während des ganzen Jahres keinen Urlaub genommen habe, um an Ort und Stelle bleiben zu können. Am 12. August habe er berichtet, daß die Einleitung irgend eines gerichtlichen Verfahrens sich empfehle. Am 26. September sei dann der Kriminalkommissar Wolff aus Berlin gekommen. Bis dahin habe nicht genügendes Belohnungsmaterial gegen denselben vorgelegen. Erst im Oktober konnte Buschoff verhaftet werden, und er blieb so lange in Haft, als nur irgend ein Verdacht gegen ihn haften blieb. Da sich aber die Voransicht des Kriminalkommissars Wolff, daß durch zu Tage tretende Widersprüche sich das Belohnungsmaterial verliert würde, sich nicht erfüllte und der von Buschoff angetretene Alteser beweist erheblich an Beweiskraft gewann und vervollständigt wurde, konnte die Verhaftung nicht mehr aufrecht erhalten werden. In Uebereinstimmung mit dem Untersuchungsrichter und unter Genehmigung des Oberstaatsanwalts, mit welchem er in allen diesen Fragen Rathung genommen habe, habe dann die Hastentlassung Buschoffs stattgefunden. Er sei der festen Ueberzeugung, daß die Hastentlassung und das spätere gerichtliche Verfahren in aller Ruhe verlaufen wäre und daß alle Erregung erst von draußen hineingetragen worden. Es sei dann nach der Hastentlassung das sachverständige Gutachten des Dr. Bauer gekommen, welcher befandete, daß das eine der bei Buschoff vorgefundenen Messer den angeblichen Schächterschnitt habe hervorrufen können. Nicht richtig sei es, daß ihm schon dasselbe Material vorgelegen habe, welches dem Kriminalkommissar Wolff vorgelegen und welches zur Wiedererhaftung des Buschoff Veranlassung gegeben habe. Herr Wolff brachte im Gegentheil noch eine ganz neue Kombination in die Sache, indem er Angaben über das angebliche Motiv auf Grund seiner Ermittlungen machte. Wolff habe ebenso wenig an einen Ritualmord gedacht, wie irgend ein anderer, aber er habe sichellen zu können geglaubt, daß der Knabe Hegmann dem Buschoff einen Leichenschnitt beschuldigt habe. Diese Kombination verdiente um so mehr Beachtung, als Buschoff mehrfach die Vernehmung ausgenommen haben sollte, daß er die Kinder todt machen würde, wenn sie ihm die Leichenschnitte noch einmal beschuldigen würden. Diese neue kriminalistische Kombination des Kommissars Wolff in Verbindung mit dem Gutachten des Dr. Bauer über das Messer haben ihn veranlaßt, am 7. Februar die Wiedererhaftung der Untersuchung gegen Buschoff und seine Wiedererhaftung zu beantragen. Das sei früher gewesen, als der Herr Justizminister irgend welchen Einfluß auf eine Wiedererhaftung hätte ausüben können. - Es folgt eine lange Reihe von Kreuz- und Querfragen der beiden Vertheidiger an den Zeugen, die sich auf alle Einzelheiten der Voruntersuchung, die Belohnungsgewinn barch, der ermordeten Knaben, die Hauszuchtung, den Alteser beweist z. z. beziehen. Der Zeuge weist eingehend jeden Vorwurf, der ihm gemacht werden sollte, zurück und bleibt dabei, daß er in jeder Beziehung seine Pflicht gethan habe. - Ueber die Art und Weise, wie der Zeuge das Register über die Zeiten festgestellt hat, welches schließlich zur Festsetzung des Alteser beweises führte, wird der Zeuge besonders von Landrichter Dr. Curtius eingehend befragt. Er erwidert, daß damals die Zeiten genau festgestellt worden sind. - Auf weitere Fragen erwidert der Zeuge, daß er Buschoff's Kleidung an Ort und Stelle untersucht und auch Zeugen darüber vernommen habe, ob Buschoff die Kleider gewechselt habe. An der Kleidung habe sich kein Blut vorgefunden und auch die Untersuchung des vorgefundenen Sackes habe keinen belohnenden Anhalt gegeben. - Eine längere Diskussion zwischen dem Rechtsanwältin Clasing und dem Zeugen veranlaßt eine Frage nach dem Schicksal, welches ein dem Vater des ermordeten Kindes zugegangener Drohbrief gehabt habe. Dem Vater Hegmann war nämlich ein Drohbrief zugegangen, welcher etwa

lantele: „flieht, flieht, so lange es noch Zeit ist, denn man ist auf Eurer Spur! Ihr seid der Mörder Eures Kindes!“ Der Verteidiger wünscht zu wissen, ob die Staatsanwaltschaft Schritte gethan habe, um den Schreiber des Briefes zu ermitteln. Der Zeuge bejaht dies und bemerkt, daß anonyme Briefe mit allerlei vagen Andeutungen ihm in ganzen Bergen zugegangen seien. Alle Nachrichten über solche Andeutungen haben zu irgend welchen Ergebnissen nicht geführt. — Der Vorsitzende Dr. Curtius wünscht die Beweggründe zu wissen, aus welchen herand der Erste Staatsanwalt in einer solchen Sache, in welcher doch lediglich ein Indizienbeweis geführt wurde, von vornherein gesagt habe, daß die Zeugenvernehmungen die Angaben des Angeklagten bestätigen würden. — Der Zeuge erwidert, daß er nur die Absicht hatte, von vornherein auf die Wichtigkeit und Penibilität aller Momente hinzuweisen. Wenn seinen Worten eine weitere Tragweite gegeben werden sollte, so sei er mißverstanden worden. Im übrigen erinnere er an den § 158 der Strosprozess-Ordnung, wonach es auch seine Pflicht sei, diejenigen Momente hervorzuheben, welche den Angeklagten entlasten könnten. — Auf Befragen der Verteidiger erklärt der Zeuge: es sei ihm nichts bekannt davon, daß Agenten eines Berliner Detektiv-Bureau in Kasse oder Kanten gewesen seien und dort agitiert oder im Interesse des Angeklagten sich mit den Geschworenen in Verbindung gesetzt haben. Dagegen wisse er, daß von entgegengesetzter Seite eine Agitation entfalt worden, die sogar versucht habe, dem Obmann der Geschworenen ein Flugblatt zuzustellen. — Weitere längere Auseinandersetzungen drehen sich um die Frage des am Thortore vorgefundenen Blutes und um die Sachverständigen-Gutachten bezüglich der Frage des Ritualmordes. — Der Zeuge erklärt, daß er von keinem Bildungsstande aus überhaupt nicht an einen Ritualmord geglaubt habe. Da aber die Andeutungen nach dieser Richtung immer mehr überhand nahmen, habe er es für seine Pflicht gehalten, um alles zu erschöpfen auch nach dieser Richtung hin Erhebungen zu veranlassen. — Der Vorsitzende macht den Angeklagten darauf aufmerksam, daß ja auch ein Gutachten des Medizinal-Kollegiums zu Köln über diese Frage erhaltet sei, und der Staatsanwalt hebt aus dem Gutachten die Stelle hervor: „Nur Unkenntnis des Sachverständigen-Gutachtens oder gefühlvolle Ignoranz desselben könne annehmen, daß zu wenig Blut am Thortore gefunden worden.“ — Die Verteidigung befragt sodann den Zeugen, wieso er gesagt habe, daß der verfolgte Matze wegen kein Jude sei? — Der Zeuge erwidert, daß dies allerdings ja auch richtig sei. Derselbe sei thatsächlich kein Jude, sehe aber aus wie ein Jude und habe, auf dieses Aussehen sich stützend, bei den Juden umhergeschwirrt. — Landrichter Curtius wünscht Aufklärung darüber, weshalb auf die Anregung des Geschworenen von Los nicht die Unterfrage in betreff der „Beihilfe“ oder „Anstiftung“ gestellt sei. — Der Zeuge erklärt, daß er sich dabei auf § 294 der Strafprozessordnung stütze, wonach die Stellung derartiger Unterfragen sich nur rechtfertige, wenn im Laufe der Verhandlung Thatsachen zu Tage getreten sind, welche solche Fragen gebieten. Im übrigen sei es Sache des leitenden Vorsitzenden gewesen, die Fragestellung zu besorgen. Der Vorsitzende fragt weiter, ob in dem Falle, wo der Vorsitzende einer derartigen Anregung, die doch zeigte, daß bei den Geschworenen Zweifel obwalteten, keine Folge giebt, der Zeuge sich nicht verpflichtet gehalten habe, ex officio eine solche Frage zu stellen. Das Recht dazu habe ihm doch zu. Der Zeuge erwidert, daß die Verhandlung keine derartigen Thatsachen ergeben habe. Außerdem habe er nicht allein die Anklagebehörde vertreten, und die maßgebenden Anschauungen des Oberstaatsanwalts haben doch für ihn Geltung. — Auf der großen Fülle der bei der Vernehmung des Zeugen gegebenen Anregungen ist noch hinzu zu kommen, daß der Zeuge die in Buschhoff's Wohnung von ihm vorgefundenen Messer nicht beschlagnahmt hatte, seiner Angabe nach, weil er Buschhoff für unschuldig hielt. Eine weitere Anregung des Vorsitzenden, ob etwa der Kaplan Breffer der eigentlich Verantwortliche für die Broschüre ist, verneint der Angeklagte entschieden.

Landgerichtsrath Witzius schließt sich der thatsächlichen Darstellung des Vorzuges an. Wichtig sei es, daß er den Synagogen-Vorsteher Oster auf dessen Ersuchen zu der Ortsbesichtigung zugelassen habe, weil er denselben gewissermaßen für einen Vertreter Buschhoff's, wenn auch nicht für einen legitimirten Vertreter gehalten habe. Vorsichtiger Weise habe er die Thatsache der Zulassung des Oster ins Protokoll aufgenommen, obgleich die Thatsache an sich gleichgültig war. Er habe auf die öffentliche Meinung keine Rücksicht zu nehmen, namentlich nicht, wenn dieselbe künstlich aufgeregt worden, sondern er habe nur seine Pflicht und Schuldigkeit zu thun und auch hier gethan. — Die Verteidigung hält die Zugabe des Oster doch für eigenhändig, namentlich da doch schon die Stimmung sehr erregt war und die öffentliche Meinung dahin ging, daß ein jüdisches Verbrechen vorlag. — Der Vorsitzende erklärt, daß er nicht wisse, welches Verbrechen in dieser Zugabe liegen solle. Der Zeuge giebt der Verteidigung zu, daß er in der Schwurgerichts-Verhandlung gesagt habe, er habe den Oster aus Trost zugezogen. Er wolle damit den Geschworenen nur zur Beirathung anheimgeben, ob er, der nach jeder Seite rücksichtslos seine Pflicht thue, ein Mann sei, den man solche schändliche Vergehungen gegen Pflicht und Gewissen, wie ein gewisser Theil der Presse ihm vorgeworfen, zutrauen dürfe. Er befreit, daß das Wollen seines Schwiegervaters, Rechtsanwalts Fleischer als Verteidiger des Buschhoff ihn irgendwie befangen gemacht habe. Er habe auf Grund der öffentlichen Angriffe die Entscheidung der Strafkammer unterbreitet; die Strafkammer habe ihn auch nicht für befangen erachtet, es aber doch, um allen falschen Schein zu vermeiden, für angezigt gehalten, daß er von der Untersuchung zurücktrete. Zeuge giebt weiter zu, daß er es nicht für möglich bezw. wahrscheinlich gehalten habe, daß der kleine Hegmann in der Art, wie es Zeuge Mölders behauptete, durch einen Arm in das Buschhoff'sche Haus gezogen sein könne. Er bleibe auch jetzt noch dabei, daß die von Mölders bekundete Art und Weise zwar möglich, aber sehr unwahrscheinlich sei. Was die Verhaftung des Buschhoff betrifft, so habe das Motiv der eigenen Sicherheit des

selben allerdings auch mit obgewaltet, es sei aber nicht das allein maßgebende gewesen.

Der nächste Zeuge ist Kaplan Breffer. Derselbe befreit, daß Material zu der Broschüre geliefert zu haben. Er habe großen Einspruch auf den Kantener Voten; aus diesem Blatte haben nun antisemitische Blätter, mit denen er in gar keiner Verbindung stehe, Artikel abgedruckt und dieselben mit Benutzung auf seine Person ausgehakt. Der Zeuge wird darüber verwirrt, ob ihm vom Ersten Staatsanwalt Baumgard ein Artikel für den Voten überhandt worden sei, der Unrichtigkeiten enthalte und dazu dienen könne, die Sache zu verdunkeln. Der Zeuge erklärte, daß er in zwei Punkten diesen Bericht nicht für richtig gehalten habe, namentlich nicht einen Passus, welcher sagte, daß die Untersuchung auch keine Spur von Anhalt für die phantastischen und abenteuerlichen Geschichten bezüglich des Ritualmordes ergeben habe. Diesen Passus in dem Bericht habe er gestrichelt, da nach dem ihm gewordenen Mittheilungen die Blattsache, die bei der Reiche gesunden worden, nicht den ganzen Blutverlust des Kindes darstellen konnte. Er wolle seinerseits keineswegs den Ersten Staatsanwalt den Vorwurf machen, daß er absichtlich die Unwahrheit berichtet habe. Er seinerseits hatte bis dahin in seinem Blatte die ganze Sache sehr zurückhaltend behandelt, auch noch gar keinen Namen genannt, so daß die einfachen Leute sich schon darüber auhielten. Hätte er den von ihm gestrichelten Passus stehen lassen, so würden die Leute gesagt haben: Na da sieht man es ja: selbst die Geistlichkeit nimmt in solcher Weise gegen die allgemeine Ansicht Partei. Die Zugabe des Oster durch den Untersuchungsrichter habe die Leute in Kanten, wie ihm von angesehenen Bürgern gesagt wurde, empört. — Auf Befragen des Landrichters Curtius erklärt der Zeuge: er sei noch nie in ähnlicher Weise zu einer Voruntersuchung zugezogen worden, wie hier der Vorsteher der jüdischen Gemeinde. Ihm sei ähnliches von seinen Amtsbrüdern auch nicht bekannt.

Bürgermeister Schleich aus Kanten weiß nichts von einem Auftreten des Jungen Baumgard gegen Mölders. Wichtig sei es, daß man in Kanten manches über ungenügende Untersuchung und unzureichende Hausdurchsuchung erfahren hat. Der Vorsitzende ist der Ansicht, daß der Zeuge als erster Polizeibeamter alle Veranlassung hatte, seinerseits die energigsten Untersuchungen anzustellen. Der Zeuge erklärt, daß nach seiner Ansicht seine Funktionen aufhörten, sobald der Landrichter die Sache in die Hand nimmt. Der Zeuge bestätigt, daß man in Kanten vielfach über Erschütterung des Rechtsbewußtseins gesprochen. Bei der Vernehmung des Zeugen Mölders vor dem Untersuchungsrichter sei ihm allerdings sehr aufgefallen, daß dieser dem Mölders habe vordemonstrirt wollen, daß es das ganz unmöglich sei, daß er von seinem Standpunkte aus das Heranziehen des Knaben in das Buschhoff'sche Haus habe sehen können. Nachher habe sich herausgestellt, daß dies doch möglich sei. Dem Oberstaatsanwalt habe bei der persönlichen Vernehmung der Zeuge Mölders einen ganz glaubhaften Eindruck gemacht. Er selbst kenne Mölders als ruhigen arbeitenden Mann, der nur hier und da 'mal einen über den Durst trinke. Er vermute, daß auf Grund dieser Mölderschen Aussage doch vielleicht eine Mitthäterschaft oder Mitwisserschaft des Buschhoff erweisen und daraufhin eine Verhaftung stattfinden könne. Darauf habe der Erste Staatsanwalt geantwortet: „Nein, den Gefallen kann ich Ihnen nicht thun!“ — Zeuge Baumgard stellt fest, daß er hinzugezogen habe, er müsse erst darüber berichten. Dieses „Berichten“ erscheint dem Landrichter Curtius auffällig. Es sei doch nicht zu erklären, daß der Erste Staatsanwalt nicht gewagt habe, selbst die Voruntersuchung einzuleiten oder die Verhaftung zu dekretiren, sondern erst immer sich nach Berlin oder an den Oberstaatsanwalt wende. — Der Zeuge erwidert, daß er bei der Aufregung, die der ganze Fall erregte, es ihm doch sehr unangenehm schien, sich stets mit dem Oberstaatsanwalt ins Benehmen zu setzen. Im übrigen sei das doch Sache der inneren Disziplin. Er habe auf Grund der Zeitungsangriffe gegen seine Person die Disziplinaruntersuchung gegen sich und das Strafverfahren gegen die Zeitungen beantragt. Das Letztere sei erfolgt. — Der Bürgermeister erklärt der Verteidigung weiter, daß die Bevölkerung in Kanten friedlich und erst seit dem Prozeß eine antisemitische Strömung derselbst bemerkbar sei. Auf welche Motive dies zurückzuführen sei, wisse er nicht. Wichtig sei es, daß die Versenkung gefallen: „Wenn wir den Juden verhaften, dann giebt's eine Judenhege.“ Wer diese Bemerkung gethan, wisse er nicht. Ebenso sei es richtig, daß man in Kanten viel darüber war, daß die Verhaftung so lange auf sich warten ließ. — Schließlich bestätigt der Zeuge Schleich und Baumgard, daß die Recherchen nach dem Mörder des Knaben Hegmann keinen Augenblick ruhen, sondern ununterbrochen fortgesetzt werden.

Um 4½ Uhr wird die Sitzung auf Freitag 9 Uhr vertagt.

Veranstaltungen.

In einer öffentlichen von 200 Personen besuchten Bäcker-Veranstaltung, die gestern Nachmittag bei Joel in der Andreasstraße stattfand, erhaltete Kollege Kretschmer Bericht über die von der Reichskommission vorgelegten Fragebogen. Derselben sind, den Ausführungen des Redners zufolge, nur zum kleinsten Theil an die Arbeiter selbst vorgelegt worden. — Anschließend an das von Kretschmer vorgebrachte, stellte der Vorsitzende fest, daß von den sämtlichen in der Veranstaltung anwesenden Bäckerarbeitern der Fragebogen nur 4 Personen ausgefüllt worden ist. Dort wo dies geschehen, hätten die Unterzeichner die Ausfüllung selbst übernommen, meistens seien die Formulare aber den Bäckermeister zugestellt worden, ohne daß die Arbeiter hiervon Kenntnis erhalten hätten. Gegen die Art der Vertheilung der Fragebogen ist, wie Redner sich weiter äußert, seitens der Agitationskommission der Bäckerarbeiter Protest an das Polizeipräsidium gerichtet worden. Eine Antwort ist von demselben hierauf nicht erfolgt. Redner fordert zum

Schluß auf, sich an der durch die Arbeiter-Sanitätskommission beschickte Statistik über die Arbeits- und Schlafräume recht lebhaft zu beteiligen. In der folgenden Diskussion ermuntert Fischer-Weimar, die Berliner Kollegen mit kernigen Worten zu lebhafte und thätigster Agitation, damit die Bäcker in den kleineren Orten sich ein Beispiel daran nehmen können. Hierauf erläutert Kollege Schlüter das Wesen der Genossenschaftsbäckerei und befragt ausführlich die dort jüngst erfolgten Entlassungen einzelner Arbeiter, ansührend, daß er dieselben als Maßregelungen betrachten müsse. Als Beweis hierfür führt er ein Telefongespräch zwischen Lazarus und dem jetzigen Geschäftsführer Scholz an, bei dem Redner zufällig Zeuge gewesen sei und gehört haben will, wie Lazarus Scholz aufgefordert habe, den Kollegen Kretschmer zu entlassen. Er könne sich die Entlassungen nur dadurch erklären, daß dem Aufsichtsrath und der Geschäftsleitung einzelne Personen im Wege waren. Die Geschäftsleitung bezeichnet Redner als eine unruhige und verkehrte. So sollen, wie behauptet wird, mehr Brode produziert worden sein, wie konsumiert werden konnten, weshalb es vorgekommen sei, daß 1 Mt. Brode zu 25 Pf. und 50 Pf. Brode zu 10 Pf. als Viehfutter verkauft werden mußten. Auch halte er das aus fünf Personen bestehende Komptoirpersonal für überflüssig. In der lebhaften Debatte werden die Ausführungen Schlüter's bestätigt, theilweise auch abgeschwächt. Hierbei theilen Gohmann, Rilde, Kretschmer, Pietzner und Heindorf Einzelheiten mit, welche geeignet sein sollen, die Unfähigkeit der Geschäftsleitung und die behauptete Mißwirtschaft nachzuweisen. Der Reichstags-Abgeordnete Meyer-Homburg erklärt, entgegen den in Umlauf gesetzten Gerüchten, als habe er den erfolgten Maßregelungen nahe, niemals weder mündlich noch schriftlich mit dem Aufsichtsrath und der Geschäftsleitung der Genossenschaftsbäckerei in Verbindung gestanden zu haben. Es wird beschlossen, die Angelegenheit der Berliner Streik-Kontrollkommission zur Erledigung zu übergeben. Zum Schluß wurde eine gegen den Vorstand und Aufsichtsrath gerichtete Resolution einstimmig angenommen.

Der Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter für den Norden Berlins hielt am 12. November eine Mitglieder-versammlung ab, in welcher Wolf über das Thema: „Die Stellung der Bourgeoisie zum Sozialismus?“ einen mit großem Interesse verfolgten Vortrag hielt. Nach Beendigung desselben wurde über die Musikinstrumentenfabrik von Fleischmann u. Söhne eine Reihe Mittheilungen erstattet. Zum Schluß erging die Aufforderung an die Mitglieder, sich zahlreich an dem am 3. Weihnachtstage erfolgenden Besuch der „Arania“ zu beteiligen.

In einer öffentlichen Holzarbeiter-Veranstaltung hielt am Montag Genosse Koopmann einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über die Kämpfe der Arbeiterorganisationen, welchem sich eine lebhafte Diskussion anschloß. Unter Verschiedenem wurden hierauf die Kollegen der Scheffler'schen Werkstatt aufgefordert, sich der Organisation anzuschließen, worauf die Veranstaltung von Veranlassung vom Vorsitzenden mit der Aufforderung geschlossen wurde, das Gehörte nach Kräften agitatorisch zu verwerthen.

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Bern, 17. November. Der sozialdemokratische Redakteur Etzel, welcher jüngst in den Berner Großen Rath gewählt worden ist, sollte heute vereidigt werden, erklärte jedoch, seine religiöse Ueberzeugung gestatte ihm nicht, den Eid zu leisten, er könne nur ein Gelübde ablegen. Der Rath entschied sich nach längerer Berathung mit 184 gegen 40 Stimmen gegen die Vereidigung eines bloßen Gelübdes. Etzel erklärte, er werde bei der Bundesbehörde Schutz suchen.

(Depeschen des Bureau Herald.)

Leipzig, 17. November. Das Reichsgericht hat die Revision des Redakteurs Bellmann der antisemitischen „Westfälischen Reform“ zu Dortmund gegen das Urtheil des Landgerichts Dortmund vom 13. Juli 1892, welches denselben wegen Verleumdung des Ober-Landesgerichts-Präsidenten zu Frankfurt a. M. und des dortigen Disziplinar-Gerichtshofes zu 6 Monaten Gefängnis verurtheilte, verworfen. Bellmann hatte diesen Parteistück in der bekannten Angelegenheit des Landrichters Liebmann vorgeworfen.

Hamburg, 17. November. Der amerikanische Botschafter Burke, bekannt durch seine Angriffe gegen die hiesige Polizei im „Sun“, ist abberufen worden.

Hamburg, 17. November. Wie verlautet, wird für Schiffe Hamburgischer Provenienz die 20 tägige Quarantäne in nord-amerikanischen Häfen noch ein Jahr aufrecht erhalten werden.

Kopenhagen, 17. November. Der Dampfer „Deresen“ aus Helsingborg ist gestern, aus England kommend, auf Helsingörbucht an der Westküste von Jütland gestrandet. Nähere Nachrichten fehlen noch.

Briefkasten der Redaktion.

W. J. O. Sch., F. A. Ihr Eingekandt betreffs des Referenten kann nur unter Mitveröffentlichung Ihres Namens publiziert werden.

G. Sp., Jüda. Die Beschwerde ist zunächst beim Landrath anzubringen.

M. A. 22. Wollen Sie die Güte haben, uns die Karte einzufenden.

Frau F. Guben. Der Roman „Die Waffen nieder“ ist in Buchform erschienen und kostet geb. 8 M.

Neu! Sozialisten-Marsch Neu!
für Zither
erschienen, sowie alle Arbeiterlieder auf Spieldosen zum Drehen und selbstspielend. 3290L
Lager in allen Schlag-, Streich- u. Blasinstrumenten.
Lausitzerstr. 51, Aug. Kessler, Lausitzerstr. 51,
Instrumenten-Geschäft.

Gottfried Schulz
Admiralstraße 40a (Ecke Kottbuscher Thor)
empfehlen sein 3280L
Cigarren- u. Taback-Geschäft.
Möbel-, Spiegel- und Polsterwaaren,
ganze Wohnungseinrichtungen in Mahagoni und Nussbaum, empfehlen
Gebr. Klink, SW., Friesenstrasse 21. SW. 3270L

Bitte, lesen Sie!
Jedem Genossen, der seinen Bedarf an
Winter-Paletots,
sowie Anzügen, einzelnen Röcken, Jackets, Hosen, Westen etc., ferner Strümpfen, Hüten, Mänteln, Betten, gold- u. silberne Herren- und Damen-Uhren, Reife- und Holzstöckern, Waschlappen, Damen-Mänteln und Kleidern etc. billig und gut kaufen will, empfehle mein bekanntes, sehr reichhaltiges Lager in Alt und Neu. Kaufe alles auf Auktionen und Viehmarkten, bin daher im Stande, meine Kunden wirklich billig und reell zu bedienen.

A. Wergien, Schneidermstr.,
Parthiewaarenhändler,
Zhalterstraße 127, geg. 1874.
Bitte, recht genau auf Namen und Hausnummer zu achten. 3128L
Farbmalcher verl. Nebenwalderstraße 39. 106b

Empfehle all. Freunden u. Genossen mein
Beiß- u. Bairisch-Biertotal.
Kleiner Saal für 150 Personen (auch als Vereinszimmer) sowie 2 Kegelbahnen sind noch einige Tage in der Woche zu vergeben. Dasselbst Zahlstellen des sog. Wahlvereins für den 2. Berl. Reichstags-Wahlkreis, Verband der Metallarbeiter, Deutscher Tischler-Verband, Arbeiter-Bildungsschule, Genossenschaftsbäckerei
Otto Klein, Schönleinstr. 6.
Außerordentlich billig kauft man edle Feigwaaren, wie Muffen, Stragen u. a. m. in der Kletterhandlung 90b
Staligerstr. 132.
Destillation, stott gehend, Umstände halber zu jedem annehmbaren Preise schlüssig zu verkaufen. Zu erfragen bei Engel, Reinickendorferstr. 56. 197b
Stieglige
1 M., Hüten, Zeigse, Hänflinge 75 Pf., Rotbe Donpaffen 2 M., Vogelkorn-Büchse 50 Pf., Strohanerplatz 21. 74b

Die Verleumdung gegen die Bedeutlichen Eheleute, früher Koloniestraße 5, nehmen wir hiermit zurück und erklären sie für ehrenhaft. 960
Franz W. Schulz, Weidenstr.
Stoarr 1,50, Stieglige, Rothhäuf
linge 1,25, Hüten, Zeigse 80 Pf. 3269L
Schnelle, Staligerstr. 132
Alte Stieglige für Herren u. Damen verl. Gen. Lehmann, 290b
Pinienstraße 6.
Allen Genossen empfehle mein **Blumengeschäft und Kranzbäckerei.**
A. Kranz, Wienerstraße 11.
Prof. 2 Fenster, möbl. Schlafst., 100
Ging. b. Frau Böres, Fürstenstr. 9 o. 11.
Schlafst. f. Herr. od. anhäng. Damen, mit Kaffee 7,50 M., Lichtenbergerstr. 11.
vorn 6 Tr. Walter. 100b
1 gr. 2 Fenster, Zimmer vorn 4 Tr. sofort od. 3. 1. Dez. Kottbuscher Damm 6, 100b
s. veran. b. Gen. Käufer.

Parkeinrichtungen.

Gegen die Militärvorlage protestierten ferner Versammlungen in Schweinau (Meierent Grillenberger), Käfersdal (Meierent Weber), Kohrbach bei Heidelberg (Meierent Jordan-Mannheim).

In Heßlich-Oldendorf wurde eine Volkversammlung angeführt, nachdem Genosse Niehoff-Hannover über die Militärvorlage referirt hatte.

In Mülhausen i. G. konnte die geplante gewesene Proklamationsversammlung nicht abgehalten werden, weil der Bezirkspräsident die Erlaubnis verweigerte.

Die zahlreichen Protestversammlungen, welche am Dienstag Abend in Frankfurt a. M. und Umgegend abgehalten wurden, behandelten fast sämtlich zu großartigen Kundgebungen.

In Erwägung, daß der Militarismus als ein Auswuchs der herrschenden kapitalistischen Wirtschaftsweise, verbunden mit den absolutistischen, völkischen und irredentistischen Strömungen, betrachtet werden muß, der jede wahrhafte Kulturentwicklung hemmt, erklärt die heutige Volksversammlung die Nothwendigkeit der Umwandlung der bestehenden kapitalistischen Produktionsweise in die sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion.

Die in den übrigen Versammlungen beschlossenen Resolutionen lauten in ähnlichem Sinne.

Bei der Stadtverordneten-Erwahl in Gassen erzielten unsere Genossen einen schönen Erfolg. Es wurden für uns 50 Stimmen abgegeben, während die vereinigten Gegner nicht mehr als 15 Stimmen anbrachten.

In den Stadtverordnetenwahlen in Wandsbeck stellte der dortige Sozialdemokratische Verein zwei Kandidaten auf.

Von der Agitation. Die hiesigen Genossen vertheilten am Sonntag 1500 Exemplare eines Flugblattes, in welchem die Einwohner aufgefordert werden, bei der bevorstehenden Stadtverordnetenwahl für die Kandidaten unserer Partei zu stimmen.

In Oberhausen bei Liefen am Ammersee (Bayern) fand am Sonntag eine Zusammenkunft von 30-40 Landbewohnern statt, in welcher Genosse Schmidt aus München die Vertreter unserer Partei schilderte.

Im Kreise Rendswande gehen die Wogen des Wahlkampfes sehr hoch. Unsere Genossen sowohl wie Freisinnige, National-Liberale, Antisemiten und Konservative halten abwechselnd Versammlungen ab.

Die Waffen nieder!

Eine Lebensgeschichte von Bertha von Suttner.

Die letzte dieser Eintragungen ist folgender Brief, den auf eine diesbezügliche Anfrage der Präsident der in London ihren Hauptsitz habenden Liga an mich geschrieben hat:

Internationale Schiedsgerichts- und Friedensgesellschaft.

London 41, Outer Temple, im Juli 1890.

Gnädige Frau! Sie haben mich mit einer Anfrage über die gegenwärtige Lage der großen Sache beehrt, der Sie Ihr Leben gewidmet haben. Hier ist meine Antwort: In Ihrer Zeit in der Weltgeschichte stand die Sache des Friedens so lösnungsvoll wie heute.

nossen in eine antisemitische Versammlung und vertheilten daselbst Flugblätter für Millarg, worüber die Antisemiten begreiflicher Weise äußerst ungemüthlich wurden. Zu ihrem Samerze mußten sie dann hören, daß die schrecklichen Mordthaten auch in den Häusern der Stadt Millarg vertheilt hatten.

In Dessau wird eine an den Magistrat gerichtete Petition in Umlauf gebracht, in welcher die Zurückzahlung des Bürgerkriegsgeldes an diejenigen Bürger verlangt ist, deren Wahlrecht ruht, weil sie nicht mehr den vorgeschriebenen Steuerjah zahlen können.

Vollzeitliches, Gerichtliches etc.

Genosse Singweiler, Redakteur der Elberfelder Freien Presse, hat am Mittwoch nach fünfmonatlicher Haft das dortige Gefängnis verlassen.

Wegen Vertrauens-Verletzung verurtheilte die Rieckfelder Strafkammer den Genossen Kobusch zu 30 M. event. 6 Tagen Haft.

Der Redakteur der Magdeburger „Vollstimme“, Dr. Lutz, wurde wegen Verleumdung der früheren Husaren Dobusch, Vock, Klassen I und Bimmelkamp, früher in Stendal, zu 100 M. Geldstrafe verurtheilt. Es handelte sich um denselben Artikel, auf Grund dessen Dr. Fiederich-Torkmund ebenfalls verurtheilt worden ist.

Soziale Ueberfluth.

An die Vorstände resp. Ortsverwaltungen der freien eingetragenen Hilfskassen Berlin und Umgegend! Da der Hamburger Verband, wohl Infolge der Cholera, bisher verhindert war, in Aktion zu treten, ist den hier am Plat befindlichen freien Krankenkassen die Aufgabe gestellt, die örtlichen Verbindungen erst herzustellen.

Dinge so fortgehen; Rettet die Zivilisation und alle Erziehungswesen, welche in ihrem Namen von großen und weisen Männern vollbracht worden sind; rettet die Welt vor einem Rückfall in Barbarei, Raub und Schrecken.

Welche Anzeichen giebt es, fragen Sie, daß solche bessere Zeiten herankommen? Nun denn, frage ich als Erwiderung, ist nicht die eben in Paris stattgehabte Begegnung der Delegirten von mehr als hundert Gesellschaften behufs Erklärung internationaler Eintracht und Einsetzung eines Zustandes der Gerechtigkeit und Gleichheit an Stelle des Gewaltzustandes ist dies nicht ein in der Geschichte noch nie dagewesenes Ereigniß?

Uebrigens: Diese Parlamentarier haben sich verpflichtet, alljährlich in irgend einer europäischen Stadt zusammenzutreten, um jeden zu Mißverständnissen oder Konflikten Anlaß gebenden Fall zu untersuchen und ihren Einfluß auf die Regierungen zu gunsten von gerechten und friedlichen Lösungen geltend zu machen.

geladen. Insbesondere riefen wir diese Einladung an die Vorstände der Kassen, welche ihren Beitritt schon bis Oktober angefragt haben. Es sind dies die Central-Kassen der Tischler, Hamburg; der Drechsler, Hamburg; der Maler, Hamburg; der Tapezierer, Hamburg; der Maurer, Altona; der Schneider, Braunschweig; der Tabalarbeiter, Berlin; der Schuhmacher, Offenbach; der Dachdecker, Berlin; der Wirtler und Weber, Chemnitz; der Wagenbauer, Gotha.

Die Ortsverwaltung der Central-Kranken- und Sterbekasse der Hornscheider Deutschlands. J. A.: Hermann Reib, Vorsitzender.

Aufruf an alle arbeitserfreundlichen Turner Deutschlands.

Zunehmenden! Auf dem Turntag des Märkischen Arbeiter-Turnbundes am 18. September in Berlin wurde auf Wunsch der nord- und süddeutschen Delegirten der Antrag einstimmig angenommen, diesen Bund über ganz Deutschland auszudehnen.

Ferner ist zur Agitation und Erledigung der Vorarbeiten für den Bund aus dem Märkischen Arbeiter-Turntag eine Kommission von 10 Mitgliedern gewählt worden, welche die Agitationsbezirke folgendermaßen vertheilt hat:

- Rheinland-Konstanz: Baden, Württemberg, Ober- und Nieder-Bayern, Ost- und Westpreußen, Posen, Dinterpommern, Hannover (südlich der Lüneburger Heide), Bromm-Beipzig, Schulze-Wurzen; Königreich Sachsen. Groß-Berlin: Ost- und Westpreußen, Posen, Dinterpommern. Krosne-Nowawes: Provinz Sachsen. Röhler-Gera: Thüringen, thüringische Staaten, Hessen. Paris-Belien: Mecklenburg, Vorpommern. Pfalz-Ludenswade: Brandenburg, Schlesien. Quellmal-Byrensburg; Hamburg, Lübeck, Bremen, Schleswig-Holstein, Oldenburg, Friesland, Hannover (nördlich der Lüneburger Heide).

Bereine, welche dem Bunde beitreten wollen, werden gebeten, sich bei den obengenannten Mitgliedern zu melden.

Die J. A.: F. v. Wenz, Berlin, Tredeowstraße 26a. Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Arbeiterentlassungen, Lohnkürzungen, jeder Tag bringt darüber neue trübselige Meldungen. So sind zahlreiche Arbeiter auf dem Stahlwerk Schweiher-Nu entlassen worden und weitere Entlassungen sollen bevorstehen.

13 Stunden täglich - von früh 6-12 und Nachmittag von 2-9 Uhr - läßt jetzt der fromme königliche Hofnachbinder und konservative Landtags-Abgeordnete Gustav Freytsche in Leipzig seine Arbeiter schauzen, weil die neuen gesetzlichen Bestimmungen die Sonntagsarbeit in einer Weise erschweren, daß er sich „trotz Erlaubnis daz.“ Strafe zuzieht, ierner, weil es einer großen Anzahl der Arbeiter jenes Herrn „nicht paßt, Sonntags zu arbeiten, und da Gott sei Dank, noch so viel Arbeit im Hause ist, einige Ueberstunden zu machen.“

Die hinterpommerschen Bourgeois hegen hinsichtlich der Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft ebensowenig Bedenken, wie ihre Kollegen im übrigen Deutschland.

knust, in welcher der Krieg als die verbrecherischste Thorheit betrachtet werden wird, welche die Menschheitsgeschichte aufzuweisen hat.

Genehmigen Sie, gnädige Frau, die Versicherung meiner tiefsten Verehrung.

Ihr ergebener Hodgson Pratt.

Die interparlamentarische Konferenz, auf welche Hodgson Pratt anspielt - die erste derartige Versammlung, welche die Geschichte aufweist - ward von Jules Simon präsidirt.

Ich bin glück ich, in diesen Räumen die autorisirten Vertreter der Friedensfreunde verschiedener Nationen gegenwärtig zu sehen. Eine gewisse Anzahl hat sich eingefunden. Ich wollte, es wäre eine Menge, aber ich wollte auch, die Zahl wäre kleiner, aber es wäre dies, statt eines freiwilligen - ein offizieller diplomatischer Kongreß.

Sie sollen es wissen, meine Herren, die Majorität unseres Landes ist freundschaftlich. Lassen Sie mich denn in Uebereinstimmung mit dem Franzosen Sie Alle aus tiefstem Herzensgrunde willkommen heißen etc. etc.

Die bei dieser Konferenz anwesenden Mitglieder der dänischen, spanischen und italienischen Parlamente haben beschlossen, im Verlauf der nächsten Sessionen ihren betreffenden Regierungen den Antrag auf Einsetzung inter-

